

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 24.— M. für das übrige Ausland 32.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Schweden, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Gedlung und Reingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kompositionelle kostet 40.— M. Kleinanzeigen 130.— M. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 12.— M. (anlässlich zwei Setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellungsfrage und Stellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Kartagen für Abonnenten 25.— M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifahrt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Dönhoff 292-293 und 2506-2507

Donnerstag, den 7. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Cecil's Appell an den Völkerbund.

„Wir dürfen nicht mehr vorsichtig sein, sondern müssen handeln . . .“

Genf, 6. September. (WLB.) Lord Robert Cecil hielt heute in der Völkerbunderversammlung eine große Rede. Er rühmte zunächst die bewundernswürdige Arbeit des Völkerbundes, wie sie im Rechenschaftsbericht niedergelegt sei. Er bemängelte aber, daß viele kleine Einzelheiten zu sehr hervorzuheben, und forderte im Interesse der öffentlichen Meinung ein stärkeres Herausarbeiten der großen Linien der Arbeitsmethode des Völkerbundes.

„Ich will nicht,“ sagte Cecil, „auf die Frage selbst eingehen. Die vom Völkerbund vorgeschlagene Lösung ist kritisiert worden, hat zahlreiche Anklagen gefunden, aber ich gestatte mir, doch die Art zu bewundern, die dank der Mitarbeit der deutschen und der polnischen Vertreter und unter der geschickten, hervorragenden Leitung Calenders das schwierige Abkommen geregelt wurde.“

Lord Robert Cecil sprach hierauf seine Befriedigung aus über die Lösung der den Balkan betreffenden Fragen. Von großer Bedeutung für die Tätigkeit des Völkerbundes seien auch die Verwaltungsangelegenheiten im Saargebiet und in Danzig. Am Saargebiet, sagte er weiter, befindet sich eine Regierungskommission, die aus 5 Mitgliedern besteht, von denen eines die Interessen der Bewohner des Saarlandes vertritt. Ich will nichts über die Persönlichkeiten sagen, aber ich frage mich, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, daß der Völkerbundrat erst nach Bestehen des im Saargebiet bestehenden Landesrats gehandelt hätte.

Was Danzig angeht, wird der Völkerbundrat gut tun, sich die Zweckmäßigkeit des neuen Komitees zu überlegen, das sich mit den Schwierigkeiten der Danziger Angelegenheit zu befassen hätte.“

Artikel der Tätigkeit des Völkerbundes ein, indem er die Frage aufwarf, ob der Völkerbund tatsächlich vollkommen das Ziel verwirklichte, für das er geschaffen wurde. Artikel 4 des Statuts bestimmte, daß die Versammlung für alle Fragen, die den Weltfrieden gefährden, zuständig sei. Artikel 11 verleihe jedem Völkerbundmitglied das Recht, den Rat oder die Versammlung auf alle Vorgänge aufmerksam zu machen, die den Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Völkern gefährden könnten.

Cecil glaubt nicht, daß der Völkerbund dieser Seite seiner Aufgaben gerecht geworden sei. Ein Beispiel dafür sei der griechisch-türkische Krieg. Außerdem hätten internationale Verhandlungen stattgefunden, die so gut wie ergebnislos geblieben seien, ohne daß auf Grund der Artikel 4 und 11 der Völkerbund sich an ihnen beteiligt hätte.

In diesem Zusammenhang sei von besonderer Tragweite die russische Frage, über die man in Genua, in Brüssel und im Haag beraten habe, ohne daß ein besonderer sachlicher Erfolg erzielt worden sei. Cecil bedauerte lebhaft, daß der Völkerbund im vergangenen Jahre nicht energischer und entscheidender eingegriffen habe, als die Frage der russischen Hungersnot vor ihm zur Beratung stand.

Wenn damals der Völkerbund entschlossener und tatkräftiger eingegriffen hätte, so wäre das furchtbare Grauen, das über Rußland hereingebrochen ist, gemildert worden. Damit wäre auch der Wieder- aufnahme der Beziehungen mit Rußland die Tür geöffnet worden, ohne daß politische und wirtschaftliche Fragen das Einvernehmen und die Regelung gestört hätten.

Zweifelloos kann der Völkerbund jetzt nicht mehr viel tun und wird sich mit der Untersuchung der russischen Verhältnisse, die der Rat angeordnet hat, begnügen müssen. Aber wenn wir im letzten Jahre unsere Pflicht besser erfüllt hätten, so hätten wir dem Geiste der Artikel 4 und 11 Genüge getan.

Von größter Bedeutung ist auch das österreichische Problem, von einer Bedeutung, die nicht überschätzt werden kann. Ich bedaure, daß der Völkerbund sich mit dieser wichtigen Frage nicht aus eigener Initiative beschäftigt hat, sondern auf Grund des Beschlusses der Londoner Konferenz.

Hierauf schritt Lord Robert Cecil unter wachsender Aufmerksamkeit der Versammlung das Problem der europäischen Wirtschaft und

konnte, daß es nur noch die Frage von Monaten sein wird, bis Deutschland sich in derselben Lage befindet wie Österreich. Um diese Frage gruppieren sich andere, die ebenso wichtig sind, die Reparationsfrage, die Frage der interalliierten Schulden, die gegenwärtig die Welt bewegen. Da muß man fragen, ob dieser Zustand fort dauern darf, und ob wir zulassen können, daß die internationale Atmosphäre vergiftet wird. Drei Jahre sind seit Friedensschluß vergangen. Sind wir seitdem einer endgültigen Regelung viel näher gekommen? Solange diese Krise andauert, interessiert sie nicht nur die eine oder die andere Nation, nicht nur die Nationen Europas, sondern alle Völker der Welt.

Der Völkerbund muß an der Regelung teilnehmen.

Ich beabsichtige nicht, eine Lösung dieser verwickelten Fragen vorzuschlagen, die so schwierig und so heikel sind, daß sie die tüchtigsten Geister Europas verwirren. Es wäre vorläufig von mir, wenn ich versuchen würde, sie hier zu lösen, aber ich bitte die Völkerbundversammlung, daß sie diese Probleme aufmerksam prüfen möge, so daß sie, bevor sie auseinander geht, irgend etwas erzielt. Denn wenn wir hier nichts erreichen könnten, so würden wir die größte Enttäuschung hervorgerufen, alle Länder der Welt würden an dieser Enttäuschung teilnehmen.“

Lord Robert Cecil trat hierauf in eine kleine Besprechung des Abrüstungsprogramms ein, das vor verschiedenen Organisationen des Völkerbundes zur Verhandlung stehe. Er meinte, daß, wenn die vorgeschlagene Lösung auch nicht zu einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen führen werde, sie doch wenigstens den einzuschlagenden Weg zeigen könne.

Damit leitete Lord Robert Cecil nochmals zu einer kurzen und eindringlichen Besprechung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zurück. Diese Wirtschaftskrise verripert, so führte er aus, alle Wege. Ich bitte den Völkerbund, diese ernste Frage nicht aus den Augen zu lassen. Ich verkenne nicht die entgegenstehenden Schwierigkeiten. Man wendet oft ein, daß es sich hier um Kriegsfragen handle, daß das Problem des Krieges vom Völkerbund, der für Friedensprobleme gegründet sei, nicht erörtert werden könne. Das mag vielleicht richtig sein, aber alle Fragen gehen eben auf den Krieg zurück. Da kann man keine Grenze ziehen zwischen diesen Fragen und solchen die zum Bereiche des Völkerbundes gehören. Nach meiner Ansicht muß der Völkerbund alle Fragen, ob sie aus dem Kriege stammen oder nicht, anpacken. Ebenso hält Lord Robert Cecil den Einwand für unhaltbar, daß der Völkerbund gewisse Probleme nicht behandeln dürfe, wolle sie anderen Körperschaften unterstellen. Lord Robert Cecil erinnerte an das Wort Dantons: „Rühmlichkeit, Kühnheit und nochmals Kühnheit!“ Wir dürfen nicht mehr vorsichtig sein, sondern müssen handeln und die Initiative ergreifen, sonst werden wir nichts erreichen.

Die Verhandlungen mit Belgien.

Die Besprechungen mit den Vertretern Belgiens am Mittwoch waren rein formeller Art. Vormittags sprachen Delacroix und Bemelmans bei dem Reichsfinanzminister vor; später stietten sie dem Reichskanzler einen Besuch ab. Am Mittwochnachmittag haben keine Verhandlungen stattgefunden. Die ersten offiziellen Besprechungen über die Garantien für die Schatzwechsel beginnen am Donnerstagvormittag und werden den ganzen Tag über dauern. Wahrscheinlich wird auch am Freitag noch verhandelt werden. Während der inoffiziellen Besprechungen haben Delacroix und Bemelmans über ihre Wünsche noch nichts verlauten lassen.

Die Reichsregierung geht mit dem besten Willen zur Verständigung an die Beratungen. Sie wird entgegenkommen, soweit das in den Grenzen der Möglichkeit liegt und soweit eine Gefährdung ihrer ernsthaften Bestrebungen, eine Stabilisierung der Mark herbeizuführen, nicht in Frage kommt. Eine Lösung, die das Gegenteil dieser Bestrebungen bewirkt, ist für Deutschland keine Lösung.

Schuldenkonferenz vor dem 1. November.

London, 6. September. (WLB.) Dem polnischen Berichterstatter des „Evening Standard“ zufolge verlautet, daß eine interalliierte Konferenz über die gesamte Frage der Reparationen und interalliierten Schulden zu einem Zeitpunkt vor dem 1. November vereinbart werden wird.

Frankreich und die Naturalieferungen.

Paris, 6. September. (WLB.) Wie der „Temps“ anlässlich des heutigen Zusammentritts des Beratenden Ausschusses für die Naturalieferungen in einer offiziellen Auslosung mitteilt, entwickelt sich die Anwendung der Abkommen von Wiesbaden und Berlin weiter in dem Maße, wie die vom Ministerium für die befreiten Gebiete zugelassenen Spezialbeauftragten in Tätigkeit treten, deren Eingreifen die Beziehungen zwischen den französischen Geschädigten und den deutschen Lieferanten erleichtern soll.

OHL. befiehlt Demokratie!

Erinnerungen des Oberbürgermeisters a. D. Wermuth.

Die Sozialdemokratische Partei hat in den Jahren 1914 bis 1918 konsequent den Standpunkt vertreten, daß der Existenzkampf Deutschlands gegen die feindliche Uebermacht fast der gesamten Welt nur als reiner Verteidigungskrieg geführt werden könne, und daß zu diesem Zweck innerpolitisch der Übergang zur demokratischen parlamentarischen Staatsform unbedingt notwendig sei. Deutschland zu verteidigen, bis die Gegner zu einem Frieden der Verständigung reif waren, und es aus dem Krieg als ein modernes, freiheitliches, in der Erhaltung seines Besitzes erfolgreiches Staatswesen hervorgehen zu lassen, das war das Ziel der sozialdemokratischen Politik.

Welchen Widerstand diese Politik von seiten des größten Teils des deutschen Bürgertums, namentlich der konservativen und militärischen Kreise, erfuhr, ist bekannt. Nach außen wurde ein toller Annerkionismus vertreten, der schon angesichts der gegebenen Machtverhältnisse reiner Wahnwitz war, nach innen wurden die Privilegien der Krone und der besitzenden Stände jäh verteidigt. Je günstiger die Kriegslage zu sein schien, desto härter war dieser Widerstand — wie er aber schließlich unter dem Einfluß der auf den Schlachtfeldern eingetretenen Wendung zusammenbrach, das erzählt der Berliner Oberbürgermeister a. D. Wermuth in seinen demnächst bei Scherl erscheinenden Erinnerungen in wahrhaft dramatischer Weise.

Wermuth war damals als Oberbürgermeister von Berlin auch Mitglied des Preussischen Herrenhauses. Dort, wie auch im Abgeordnetenhaus, dem Dreiklassenparlament, war die von Wilhelm II. verheißene Wahlreform in schändlichster Weise verschleppt worden in der Absicht, sie gänzlich zu vereiteln. Am 1. Oktober 1918 aber kam die Wendung. Wie sie sich in der Wahlrechtskommission des Herrenhauses vollzog, darüber berichtet Wermuth folgendermaßen:

Kurz ehe um 10 Uhr morgens die Sitzung eröffnet werden sollte, meldeten sich mehrere Regierungsvertreter, darunter der Vizepräsident des Staatsministeriums Friedberg und Minister Drews und verlangten eine sofortige geheime Unterbrechung mit Vertretern der Fraktionen. Von der unsrigen wurden abgeordnet die beiden Vorstehenden Fürst Haffstede und ich, dazu Oberbürgermeister Koch, von den Konservativen etwa fünf, unter ihnen jedenfalls Graf Behr, auch wohl Seidlich, Nord und Herzog Ernst Günther. Zusammen verfügten wir uns in eines der kleineren Zimmer.

Dort entledigten sich die Herren der Regierung gemächtester Boshaft aus dem Großen Hauptquartier. Die Heeresleitung erbat nicht mehr und nicht weniger, als daß das gleiche Wahlrecht ohne jeden Vorzug vom Herrenhause angenommen werde. Gebieterisch verlangte die politische und militärische Lage eine völlige innere Einheit des Volkes, damit es in seiner äußersten Bedrängnis zusammenstehe. Jeder Reibungsstoff müsse sofort verschwinden, vor allem anderen der Verfassungskstreit. Daher bitte mit der Heeresleitung die Regierung inländisch, nicht morgen, sondern heute endlichen Beschluß zu fassen. Der geringste Aufschub könne verhängnisvoll sein.

Wie das Große Hauptquartier den Stand der Dinge erläuterte, möchte ich ohne Not nicht wiedergeben. Man darf, so glaube ich, dem endlosen Kampf um den Leichnam des Krieges nicht weiter Nahrung zuführen. Jedenfalls machte, was man uns mitteilte, auf die kleine Versammlung tiefsten Eindruck. Einige Teilnehmer suchten sich noch an den Gedanken zu klammern, daß die Regierung das Haus überrumpeln wolle, um ihre Vorlage zu reiten. Man fragte misstrauisch, in welcher Art und Form die Heeresleitung ihre Boshaft nach Berlin habe gelangen lassen. Da rief Herr Friedberg den Minister Graf Roedern herbei; dieser erschien bald und befandete überzeugend, soeben sei er selbst aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen und bringe den schwerwiegenden Auftrag persönlich mit.

Das schlug dann jeden Zweifel und Einwand nieder. Die Mitglieder der Rechten verhielten sich nicht ablehnend, als wir vorzuschlugen, sofort in beiden Fraktionen über die neue Lage zu beraten, so daß noch am gleichen Nachmittag die Entscheidung falle. Am Nachmittag wurde das gleiche Wahlrecht mit dem Eierschälchen der Altersstufe angenommen. . . .

Die preussische Verfassung verlangte bei einer Verfassungsänderung zweimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von einundzwanzig Tagen. Der Präsident wählte für die zweite Abstimmung den nächstmöglichen Termin, den 15. November.

Am ebendenselben 15. November 1918 erklärte die preussische Revolutionsregierung das Herrenhaus für erloschen.

Die Akten des Herrenhauses über die Wahlrechtsreform sind vorzeitig geschlossen. Es war zu spät geworden.

Die Oberste Heeresleitung hat dann bekanntlich, nachdem sie selbst die verhängnisvolle Waffenstillstandsbitte ausgesprochen hatte, den Wunsch vertreten, daß angesichts der harten Bedingungen der Gegner die Waffen wieder angenommen würden, um den Krieg als einen reinen Verteidigungskrieg weiterzuführen. Sie hat sich also in beiden Punkten — Verteidigungskrieg und Demokratisierung — zu der Politik der Sozialdemokratie bekehrt, freilich erst als es zu spät und alles verloren war. Zuvor hatte sie

die Frage der Wirtschaftskrise an. Er erklärte wörtlich: „Ich möchte noch einige Worte über die Wirtschaftskrise, die gegenwärtig Europa bedroht, sagen. Ohne Zweifel ist ihre Klärung von größter Dringlichkeit. Sie ist vielleicht die wichtigste und dringendste Frage seit dem Waffenstillstande. Die Wirtschaftskrise ist außerordentlich ernst und tiefgehend. Sachverständige Beobachter erklären, daß die Art, in der die Krise sich äußert, nämlich der Sturz der Mark, wohl dazu führen



diese Politik mit den allerschärfsten Zensurmaßregeln bekämpft.

Durch die falsche Politik der herrschenden Kreise und ihren jähen Zusammenbruch, als sich auf den Schlachtfeldern ihre Undurchführbarkeit herausgestellt hatte, durch Härte aus Siegerdünkel, die schließlich in Nachgiebigkeit aus Angst umschlug, ist der Zusammenbruch des alten Systems im Herbst 1918 mit Notwendigkeit herbeigeführt worden.

## Die Einigung.

Die Beratung der beiden sozialdemokratischen Parteivorstände am gestrigen Mittwoch galt auch der künftigen Besetzung des Parteivorstandes und Presseangelegenheiten. Die Verhandlungen schreiten in erfreulicher Weise fort.

Die Berliner Presse vom Mittwochabend beschäftigt sich eingehend mit dem sozialdemokratischen Aktions- und Einigungsprogramm. Die „Rote Fahne“ vermischt die Aufgabe der Mittel zur Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen. Sie kann sich natürlich kein anderes politisches Kampfmittel als die Diktatur vorstellen, und da diese im Aktionsprogramm fehlt, kann es vor den Augen der roten Militärischen keine Gnade finden. Die „Rote Fahne“ wirft einen Blick zurück auf den Weg der Enttäuschungen, und sie zählt mit grinsendem Behagen diese Enttäuschungen auf: Klassenjustiz, Sondergerichte, Schulschließung, Steuerkompromiß, Sozialisierung usw. Wir kennen die Enttäuschungen, zu denen es ohne die Blutschuld der Moskowitersche nicht gekommen wäre, wir kennen aber auch im Gegensatz zur „Roten Fahne“ des Mittel, diesen Weg abzuschneiden. Das Mittel ist die Einigung und der Weg dazu ist das Aktionsprogramm.

Die Blätter der bürgerlichen Mitte finden weise Zurückhaltung und Rühigung in der Sprache des Programms bemerkenswert. Das „Berl. Tagebl.“ sagt, das Einigungsprogramm sei in der Hauptsache ein „radikales sozialpolitisches Programm“. Hervorgehoben werde besonders die Vereinheitlichung des Sozialismus nach der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Seite.

Die Einheit der Masse ist es, die der bürgerlichen Mitte am meisten Respekt abnötigt. Das zeigt auch die Kritik der stinneschen „Tägl. Rundsch.“. Sie bemüht sich, unter allen Umständen Brüche, Differenzen und „weltanschauliche Verschiedenheiten“ zwischen den beiden sozialistischen Gruppen zu entdecken; die Mehrheitssozialdemokratie habe den Marxismus als Utopie erkannt, brauche aber die alten Schlagworte, um die Massen zusammenzuhalten. Im selben Atemzuge redet dann das Blatt davon, daß das neue Aktionsprogramm von der Absicht beherrscht sei, die größten Utopien „zu rücken zu stellen“. Es sind halt doch Spießbürger, diese Schreiber des Herrn Stinnes! Sie vergessen, obwohl Stinnes-Leute, daß es auch in der Technik „Utopien“ gegeben hat und noch gibt: motorloses Flugzeug, drahtloses Telefon — gestern belächelt, heute verwirklicht. Es gibt heute nur eine wirklich sinnlose Utopie: das ist der Glaube, daß die Menschheit dieses grauenvolle Durcheinander der kapitalistischen Wirtschaft bis in alle Ewigkeit dulden wird!

Die rechtsradikale Presse unter der Führung der „Deutsch. Tagesztg.“ bringt die üblichen Redensarten der Reaktionen zu unseren Programmpunkten. „Nichts gelernt und nichts vergessen“, schreibt das Blatt, das die stuchbeladene Herrschaft der Dunker und ihrer Hohenzollern wieder aufrichten möchte, am Schluß seiner Kritik, obwohl zu Anfang zugegeben wird, daß die Arbeiter sich nun doch auf dem „günstigen Kampfboden“ der republikanischen Verfassung zusammengefunden haben. Ueber diese Agrarierlogik blöken ja die Kühe Ostelbiens.

## Oberbayernd USP für die Einigung.

München, 6. September. (T.) Die oberbayerische Kreisconferenz der USP, richtete am 3. September einen Antrag an den Parteitag der USP, worin sie die angebahnte Einigung zwischen

den beiden sozialistischen Parteien begrüßt und alle in dieser Richtung unternommenen Schritte billigt. Sie sei der Auffassung, daß die wirtschaftlichen und politischen Gründe die baldigste Einigung dringend notwendig erscheinen lassen. Die Verhandlungen, die schon eifrigsten zum Abschluß gebracht werden müßten, seien auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Parteien und auf neuer programmatischer Grundlage zu führen.

## Schutzgesetz und Volkspartei.

Das Gesetz zum Schutz der Republik ist bekanntlich von einer überwältigend großen Reichstagsmehrheit, die von der Volkspartei bis zu den Unabhängigen reichte, angenommen worden. Von deutschnationaler Seite wegen dieser Haltung unaufhörlich angegriffen, versucht sich die Volkspartei jetzt in ihrem parteioffiziellen Organ, der „Zeit“, folgendermaßen zu verteidigen:

Die „Hallische Zeitung“ sieht es als die unteilbare Schuld der Deutschen Volkspartei und ihrer Führung an, dem Schutzgesetz zugestimmt zu haben. Durchsichtig beginnt mit diesem Aufsatz Legendenbildung, als wenn durch die Stimmen der Deutschen Volkspartei das Gesetz zur Annahme gekommen wäre, und als wenn es in der Nacht der Deutschen Volkspartei gelegen hätte, die Annahme zu verhindern. Diesen Treibereien kann nicht energisch genug entgegengetreten werden. Es handelte sich darum, ob das Gesetz mit der Deutschen Volkspartei oder mit den Unabhängigen zustande kam, und wenn es mit den Unabhängigen zustande gekommen wäre, dann würde wahrscheinlich die „Hallische Zeitung“ gar nicht mehr in der Lage sein, in dem Tone zu schreiben, in dem sie heute glaubt, sich noch als Hüter der nationalen Unfehlbarkeit aufspielen zu müssen.

Dieser Versuch der volksparteilichen Monarcho-Republikaner, sich bei den extremen Monarchisten zu entschuldigen, geht denn doch an den Tatsachen ziemlich weit vorbei. In Wirklichkeit lag es in der Macht der Volkspartei, die Annahme des Gesetzes zu verhindern, denn die beiden Rechtsparteien hätten bei der entscheidenden Abstimmung nur gemeinsam den Saal verlassen müssen, dann wäre die zur Annahme notwendige Zweidrittelmehrheit anwesender Abgeordneter nicht mehr vorhanden gewesen. Allerdings wäre dann das Reich in die schwerste innerpolitische Krise hineingesteuert.

Durch Mut der Konsequenz haben sich die Nationalliberalen niemals ausgezeichnet. Kein Wunder also, daß sie es auch diesmal wieder nicht gewesen sein wollen. Sie waren es aber doch!

## Der Nürnberger Kriegerumzug.

### Oberbürgermeister gegen Staatskommissar.

Nürnberg, 6. September. (Vig. Drahtbericht.) Der Artillerietag am letzten Sonntag in Nürnberg, dessen Festumzug nicht in der geplanten Weise vor sich gehen konnte, war heute Gegenstand der Debatte im Nürnberger Stadtrat. Oberbürgermeister Dr. Luppe gab Aufklärung darüber, wie bayerische Regierungsstellen arbeiten. Dr. Luppe erklärte, daß er dem Leiter des Festzuges Major Mayer nahegelegt habe, von dem mit großem Pomp vorgesehenen Festzuge Abstand zu nehmen. Major Mayer habe erklärt, er wolle nicht den Anlaß zu Zusammenstößen bieten und sei bereit, den Umzug aufzugeben. Die Stadtverwaltung habe dann ein Verbot des Umzuges herausgegeben, das jedoch der Staatskommissar, der der Regierung direkt untersteht, wieder aufgehoben hat. Persönlich ist Dr. Luppe der Überzeugung, daß das Staatspolizeiamt auf den Leiter des Festzuges eingewirkt hat und dann der Umzug, entgegen der letzten Absicht, doch stattfand. Weiter gab Dr. Luppe ein Bild von den Schwierigkeiten, die die Stadtverwaltung insofern zu überwinden hat, als in Nürnberg zwei Polizeibehörden nebeneinander bestehen und offenkundig gegen die Stadtverwaltung gearbeitet wird. Seines Erachtens wäre es Pflicht der Staatspolizei gewesen, ebenfalls darauf hinzuwirken, daß der Umzug unterblieb, zumal in fast allen deutschen Städten in Betracht der Verhältnisse derartige Veran-

staltungen unter sagt worden sind und feststand, daß weite Kreise der Nürnberger Bevölkerung in einem militärischen Festzuge eine politische Demonstration für die Monarchie und gegen die jetzige Staatsverfassung erblickten.

Diese Flucht des Nürnberger Bürgermeisters in die Deffentlichkeit gibt den klaren Beweis, wo diejenigen sitzen, die das Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen und die ein Interesse daran haben, daß immer wieder Beunruhigung in das Volk hineingetragen wird. Die bayerische Regierung, insbesondere Graf Beckenfeld, der von der Nürnberger Arbeiterschaft schriftlich gebeten worden war, den Festzug in der vorgesehenen Form zu unter sagen, wird Rede und Antwort stehen müssen. Man wird endlich erfahren müssen, ob in Bayern eine Regierung besteht, deren Stellen offensichtlich Demonstrationen gegen die Republik in die Wege leiten, selbst auf die Gefahr hin, daß es dabei zu Blutvergießen kommt.

## Immer wieder Regimentsfeiern.

Auf oberbayerischen Bahnhöfen, u. a. in Pfronten-Ried, wird auf großen Plätzen zu einer Gedenkfeier der 6. bayerischen Landwehrdivision am 23. und 24. September nach München eingeladen. Das Plakat zeigt oben einen geborstenen Baumstamm, dessen Wurzeln einen Stahlhelm umflammen. Aus dem zweitögigen Programm ist hervorzuheben, daß die „Regimentsvereinigungen“ sich am 23. ab 6 Uhr treffen, daß am 24. 8½ Uhr vorm. Versammlung in der staatlichen Türkenkaserne stattfindet und von dort geschlossener Abmarsch erfolgt.

## Kommt endlich Lüttwich dran?

München, 6. September. (WZ.) Wie die „Münchener Ztg.“ (knall.) erfährt, ist die Anwesenheit des Untersuchungsrichters des Leipziger Staatsgerichtshofes in München nicht durch eine auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik anhängig gewordene Strafsache veranlaßt. Der Untersuchungsrichter beschäftigt sich mit den Prozeßsachen gegen den General v. Lüttwich und mit Vorgängen in bayerischen Gefangenenlagern, die von der Entente schon vor längerer Zeit anhängig gemacht worden sind.

## Bade wieder verhaftet.

Schwerin, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Der wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder kurz nach dem Attentat verhaftete Leiter der deutschösterreichischen Organisation in Mecklenburg, Erich Bade, war bekanntlich vor wenigen Tagen wieder aus der Haft entlassen worden. Bade ist nun wegen Geheimbündelei wieder verhaftet worden.

## Allensteins Farben.

Allenstein, 6. September. (M.) Durch Ministerialerlaß vom 1. August ist den Gemeinden nachgelassen worden, in einem besonderen Falle neben der Reichs- und Staatsflagge auch die eigene oder die Farben der Provinz zu zeigen. Diese Anweisung gab dem Magistrat Anlaß, festzustellen, welche die Farben der Stadt Allenstein seien. Professor Dr. Giggall-Braunsberg, eine Autorität auf dem Gebiete der Geschichte des Ermlandens, wurde gebeten, darüber sein Gutachten anzugeben. Es lautet: „Die Stadtfarben von Allenstein sind von alter Zeit her Schwarz-Weiß-Rot. In der Schlacht bei Tannenberg 1410 focht die Mannschaft von Allenstein unter dem Banner der Stadt, welches in drei Felder geteilt, von oben die Farben Schwarz-Weiß-Rot zeigte. Die ganze Abteilung des domkapitularen Stiftes bzw. Fürstentums, d. h. die gesamte Mannschaft vom Territorium Allenstein und Maßlad focht unter diesem Banner. Hierfür haben wir als Belegstelle das Verzeichnis der Banner des Ordensstaates von 1410. Über auch von polnischer Seite stimmen die Nachrichten hierüber überein.“ Der Magistrat hat auf Grund dieses Gutachtens durch Beschluß vom 21. August festgestellt, daß als die Farben der Stadt Allenstein anzusehen sind: Schwarz-Weiß-Rot.

Nationalistensturm in Frankreich? Senator Lucien Hubert, der Berichterstatter für das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, hat in der französischen Kammer eine Interpellation über „die Anwendung einer wirksamen Reparationspolitik im Ruhrgebiet“ eingebracht.

## Das Couleurstudententum.

In der heute erscheinenden „Weltbühne“ charakterisiert Victor François einen Rechtschaden der Republik — das Couleurstudententum. Ein paar prägnante Sätze aus seiner verdienstlichen Denunziation mögen hier ein weitestgehendes Echo finden.

Unpolitisch wie die Deutschen einmal sind, haben die wenigsten von ihnen auch nur eine annähernd richtige Vorstellung von der Bedeutung des Couleurstudententums. Die meisten halten es für eine Zügellosei — das Bürgertum für eine harmlose, die Arbeiterschaft, die ein instinktives Gefühl für das Annahende und Herausfordernde hat, für eine weniger harmlose, aber immer noch für eine Jugendselei. Die Verkennung der wahren Bedeutung des Couleurstudententums hat sich an dem republikanischen Deutschland schwer gerächt. Trotz dem guten Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist an eine Demokratisierung Deutschlands nicht zu denken, solange das Couleurstudententum die Rechtspflege, die innere Verwaltung und die wichtigsten Zweige der staatlichen, kommunalen und privaten Wirtschaft kontrolliert. Wir entrüsten uns bei dem Gedanken, daß amerikanische Willkürhäre die wichtigsten Rohstoffe der Welt kontrollieren, ein Stinnes einen Teil der deutschen Industrie und haben verschlossene Augen vor der Tatsache, daß das Couleurstudententum einen ganzen Staat mit allen Einrichtungen und Hilfsquellen beherrscht.

Die im deutschen Waffenzug zusammengeschlossenen Couleurstudenten nach Korps, Burschenschaften, Landmannschaften, Turnerschaften, ist überflüssig; es läme dabei nicht mehr heraus, als daß die einen reaktionär, die anderen erzeaktionär sind, die einen es mit der Deutschen, die anderen mit der Deutschnationalen Volkspartei halten. Die freigeistliche Vergangenheit der bürgerlichen Burschenschaften, die sich einst im Gegensatz zu den adligen Korps fühlten, ist längst dahin und seit 1818 in das Gegenteil verkehrt, wo das Bürgertum mit dem Adel auf Kosten der Arbeiterschaft einen ewigen Frieden schloß.

Was von dem Couleurstudententum nach außen sichtbar ist, das sind die bunten Bänder und Mützen, Bier- und Weinzügel, zerklüftete Bäjagen, bandagierte Köpfe, Bezirkelungen aller möglichen und unmöglichen Gebrauchsgegenstände für Couleurbrüder und -schwestern. Aufzüge in vollem Witz mit und ohne Droßche, Couleurkummel mit und ohne Bismarcklöcher und das ganze Brimborium an und in den Vereinshäusern, Stammsneipen, Feuchtdöden und an den Gtischen — mit einem Wort: der ganze Bierstaat. Zu dieser äußeren „Aufmachung“ kommt das ganze Gebilde und Getöse, der konventionmäßige „Benimm“, der sich als Geblödel in Wort, Gebärde und Bewegung kennzeichnet. Die geistigen Mittel dieses Staates im Staate sind: Remonieren, Repräsentieren, Imponieren — wie man sieht, die gleichen, deren sich der Adel mit und ohne Uniform zu herrschen über die Langgehörten und Kurzgeäuhten seit jeher bediente. Wer nicht genügend Romantik und Geld für den Bierstaat

aufbringen kann, den konzeptionierten Patriotismus besitzt und sich mit der Rolle des Unteroffiziers begnügen will, findet Unterschlupf im couleurfreien Bereich Deutscher Studenten, der ganz verdächtig nach dem seligen Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie riecht.

Vom Bürgertum ist im Kampf gegen das Couleurstudententum, gegen das unerlöschliche Reservoir der deutschen Reaktion, aus dem nicht nur Orgeßel, Einwohnervieh und Technische Rothilfe, sondern alle entscheidenden Stellen des Staates und der Privatwirtschaft gespeist werden, nichts zu erwarten, weil das Couleurstudententum den aus dem Bürgertum hervorgegangenen und von ihm anerkannten Adel darstellt. Taten sind nur von der Sozialdemokratie zu erwarten; bis dahin hat es aber noch keine gute Weise. Zunächst müssen sich einmal die Führer über die Bedeutung des Couleurstudententums klar werden. Ist das geschehen, dann muß eine weitgehende Aufklärung der Arbeiterschaft einlehen. Vom Zenitum und von den gereinigten Demokraten ist in diesem Kampfe wohlwollende Neutralität zu erwarten — und das ist auch etwas.

Sichheuser eines Feilschens. Als ich dieser Tage die erschreckende Ueberchrift las „Die Besteuerung der Schlemmerei“, fiel ich glatt aus dem Bett auf den Rücken und tat mir einigen Schaben. Doch war das keine schlimme Angelegenheit, denn jeder perzerliche Muskel erholt sich bald wieder; aber nun kommt das Schlimmste: mein Leib, mein Leib.

Bei den Chinesen gelten die Dickwänste als wohlhabend und sie genießen hohe Achtung; so besonders der teile Mandarin, vor dessen Embonpoint (das Wort der Siammische) das bezopfte Volk auf die Knie fällt. Auch ich bin ein Mandarin, wenn auch nicht gerade in Peking oder Peking geboren, auch ich bin rund und behäbig. Aber nicht infolge von Schlemmerei (dazu geben die Schriftstellerhonorare die Mittel nicht), ich habe diese unerdäuerliche Anlage erbt: schon mein in Oost ruhender Uragrothater war fett und dick, weshalb er auch am Herzschlag gestorben sein soll.

Doch was interessiert Sie meine Unachtsamkeit und schließlich noch unsere Heradtil (runder Leib aus weihem Feld)?

Ich komme auf das Verbot der Schlemmerei. Nun weiß ich, daß es mit der Ruhe aller Dickwänste vorüber ist, nun weiß ich, daß alle schlanken Menschen auf den dicken Menschen sehen und sich züßtern: „Ist dieser dicke Herr hier versteuert? Ist dieser teile Mann etwas anderes etwa als ein Kriegs- oder Revolutionsgewinnler? Ist es nicht unerhört, daß solche Leute noch frei herumlaufen?“

Und die Schupo wird auf die rundgeformten Bäuche aufmerksam werden, man wird den Wagen nach einem schnell zu erfindenden Verfahren durchleuchten und seinen Inhalt feststellen lassen. Ich werde keine ruhige Stunde mehr haben; man wird in mir einen unerhörten Schlemmer erblicken und eines Tages wird man mich wie die biblischen Sünder steinigen wollen.

Die Republik muß mir, da ich ja zu ihren „eingesessenen“ Anhängern gehöre, ein Abzeichen verschaffen, das meine Unschuld in Sachen der Schlemmerei ausweist.

Die Große Volksope geht mit bewundernswerter Energie ans Werk, ihren Spielplan aufzubauen. In jeder Woche zwei neue Werke! Nachdem sie die Feuerprobe in Wagner und Weber bestanden, hat sie sich Mozart zugewandt. Und sie hat auch in dieser Klangwelt, die an Orchester und Sänger ganz andersartige Ansprüche stellt, Erfreuliches geleistet. Allerdings das Mozartproblem wird in unseren großen Häusern nie völlig zu lösen sein. Mozart vollendet herauszubringen, wird immer der Vorzug kleinerer Bühnen sein, wie etwa des Münchener Residenztheaters, das freilich auch im äußeren Rahmen das ideale Mozart-Theater ist. Aber „Die Entführung aus dem Serail“ war auch im Theater des Westens ein musikalischer Genuß. Es hat wenig Zweck, alle Unbedenken und Unstimmigkeiten in einem neuen Orchester anzudeuten. Der Kapellmeister Hoeklin wird selber wissen, wo es noch fehlt und seine Schar zu glanzvollerer Bollendung führen. Auch die Sänger berechtigen zu guten Erwartungen. Vor allem hatten Albert Reich (als Bedrillo) und Elise Tuschkau (stimulisch) wie darstellerisch reizend als Josef) den rechten Mozart-Stil der freien, heiter-beweglichen Grazie. Ueber gutes Stimmaterial verfügten auch Valerie Doob und Oskar Eisenberg (Belmonte). Aber als Baffuffo schöpfe Viktor Pruscha die prachtvolle Möglichkeit seiner Rolle (Osmin) nicht entfernt aus. Die Ausstattung ging resolut auf eine stilisierte freie Schöpfung aus, die mancherlei schöne malerische Effekte herausbrachte. Aber Hans Strobbach wird sich darüber klar sein müssen, daß die Bizarbeiten seiner Formen manchen bestanden und vom Mozart-Kenner als unhormonisches Element empfunden werden. War das noch aus Mozarts Geist? Das dichtbesetzte Haus erwies sich als äußerst dankbar. d.

## Der Dollar und die Preise.

Auf der bekannten Zahlenleiter springt sich der Dollar himmelan, und alle Preise laufen heiter. Im gleichen Tempo hinterdrean. —

Der Kaufmann spricht: Ja, diese Sachen, Sie kosten heut schon wieder mehr. Bedauere, daß was soll ich machen? Freilich, reich mal rasch das Kursblatt her! —

Doch wenn — auch dieses gibt's zuweilen — Der Dollar sich herniederläßt, Da kennt der Preise Scher kein Eilez, Sie bleiben, wo sie sitzen, fest.

Da hilft kein Bitten und kein Loben, Kein Hinweis auf den Kursbericht, Sie hocken auf den Sprossen droben Und grinsen frech dir ins Gesicht.

Peter Michel.

„Kaffe“ auf der Bühne. Am Friedrich-Wilhelmstädt. (igen Theater gelangt die frei nach Balzac „Kaffee“ bearbeitete Komödie „Schieber“ von Hans Jacobs am 12. Sept. zur Aufführung. Das Stück sollte ursprünglich „Kaffe“ heißen. Die Uebersetzung wurde notwendig, weil herrlich ein musikalischer Equant „Kaffe“ vorliegt, der seine Uebersetzung gleichfalls in dieser Saison in Berlin erlebt.



# Das Erdbrot der Hungerzeit.

### Nutzt den Segen des außerordentlich guten Pilzjahres aus!

Berlin stand und steht noch unter dem Eindruck eines großen Pilzsegens. Die nasse Witterung hatte das Gedeihen der braunen Kinder des Waldes begünstigt. In einer Zeit der Not und des Mangels wie der jetzigen muß man es warm begrüßen, wenn uns damit eine gesunde und wohlschmeckende Kost geboten wird. Der große Nutzen der Pilze ist bekannt. Neben den feineren Sorten, welche wir als Leckerbissen betrachten, wie Trüffel, Champignon, Morchel, finden wir noch andere Arten, Steinpilz, Pfefferling, Grünling und andere, wie sie besonders auf sandigem Boden mit Nadelholz, also gerade in märkischer Landschaft, gedeihen und sich zur echten Volksnahrung eignen.

## Pilzkultur und Pilzgeschichte.

Kann man sinniger, als es in einigen Gegenden Rußlands geschieht, eßbare Schwämme als „Erdbrot“ bezeichnen? Außer der Gährungsart gewahren verschiedene Arten noch weiteren Nutzen, so der Hefepilz als Gärungsmittel für alkoholische Getränke und andere zu medizinischen Zwecken. Die Pilzkultur ist weit ausgedehnt und erreicht wohl in Japan der Höhepunkt. Schon im Altertum waren die Pilze als Speise beliebt, so bei den Römern in der Kaiserzeit, wo die Feinschmeckerei Triumphe feierte, die Trüffel. Im christlichen Mittelalter waren sie als Fastenspeise sehr begehrt und haben sich in dieser Eigenschaft in katholischen Gegenden behauptet. Von europäischen Völkern haben die Franzosen, denen man in der Frage der Befestigung Geschmack und Vorurteilslosigkeit nicht absprechen darf, sich besondere Verdienste um ihre Kultur erworben. In Deutschland herrschte lange Zeit in vielen Gegenden Vorurteil gegen sie, so an der Ostsee, wo die plattdeutsche Redensart: „Wat de Hur nich kennt, dat frätt he neh“ noch allzu viel Geltung hat. Verhaftet entkam ich mich, wieweil Staunen 1870 bei uns herrschte, als die französischen Kriegsgefangenen aus Löwentzahn Salat bereiteten, Kamischen und Stacheligel brieten und besonders die lüppig wuchernden Pilze als Kost ausnutzten. Und als ich nach der Rückkehr von der Unioersität dahem erzählte, in Breslau hätten zu meinen Lieblingsgerichten Pilze und Frösche gehört, womit ich Pfefferlinge und Fröscheleuten meinte, gab sich richtiges Grausen kund. Sehr ist übrigens auch dort das Pilzessen in Aufnahme gekommen, namentlich seitdem der Vegetarismus Fortschritte gemacht hat.

## Aberglauben und Eispilze.

Wohl im Zusammenhang mit jenem Vorurteil steht die gefährliche Ase, die der Pilz im Volksmärchen spielt, wo er oft als böser Kobold und ähnliches auftritt, sowie die Benennung „Hergengänge“ für die durch Pilzwucher hervorgerufenen kreisförmigen Gebilde auf Wiesen. Freilich haben wir es bei der Abneigung gegen Pilze nicht immer nur mit einem bloßen Vorurteil zu tun, sind doch tatsächlich viele Arten giftig oder zum mindesten der Gesundheit unschädlich. So haben wir die Spaltpilze oder Bakterien, die seit ungefähr 50 Jahren mikroskopisch erforscht sind und heute für die Erreger, Träger und Verbreiter der meisten Krankheiten gelten. Andere wirken beim Genuß nachteilig oder auch tödlich. Die Gefahr wird dadurch noch erhöht, daß einige schädliche Pilzarten starke Ähnlichkeit mit eßbaren haben, so der Knollenblätterchwamm mit dem Champignon, die Lorchel mit der Morchel. Von Pilzvergiftungen hören wir seit alten Zeiten viel. Zu den bekanntesten Beispielen gehört der Tod des römischen Kaisers Claudius im Jahre 54 n. Chr., den seine lesterhafte Gattin Agrippina mittels giftiger Pilze ermorden ließ, um ihrem Sohne aus früherer Ehe, dem berühmten und berüchtigten Nero zum Throne zu verhelfen. Seine Todesursache wurde bald ein offenes Geheimnis, und da man die Kaiser nach ihrem Tode unter die Götter versetzte, nannte der Volkswitz fortan die Pilze „Götterspeise“. Zu der Fülle aus der neueren Geschichte gehört der des deutschen Kaisers Karl VI., des letzten Habsburgers, der 1740, als er sich auf der Jagd schwer erlattet hatte, sich noch im Genuß giftiger Schwämme übernahm und dadurch seinen Tod beschleunigte.

Die vielen Vergiftungsfälle dürfen natürlich nicht dazu führen, den Pilz als Nahrungsmittel ganz abzulehnen, wie es noch viele Ueberängstliche tun. Die moderne Forschung hat hinreichend Mittel gefunden, um giftige Pilze von guten zu unterscheiden und schwer verdauliche durch geeignete Behandlung bekömmlich zu machen. Dar-

über besitzen wir eine sehr eingehende Literatur, hauptsächlich gerade in populären Schriften. Dazu hat sich der Schulunterricht dieses so wichtigen Gegenstandes sehr gründlich angenommen, und unsere Kinder werden frühzeitig, namentlich auch auf Ausflügen in Wald und Feld, in lebendiger Anschauung über Pilze, ihre Auswahl, das Sammeln, Aufbewahren und Zubereiten belehrt. Nur die allzu große Sorglosigkeit der Unverständigen ist es, die heute noch die Liste der Pilzvergiftungen bereichert. Wer über gar keine praktische Kenntnis der verschiedenen Pilzarten verfügt, darf natürlich zu Genusswäcken auch keine Pilze sammeln oder er muß zum mindesten die Pilzbeute vor der Zubereitung einem wirklich Sachverständigen zur Prüfung übergeben.

## Die Strumpfbude.

Heutzutage macht bald nichts so viel Kopfzerbrechen wie das Einkauf. Geht man einkaufen, überkommt einem oft die ganze Trostlosigkeit ob der Entwertung unseres Geldes. Und doch bietet das, was gekauft wird, so ohne weiteres nicht den Maßstab für die Not unseres Volkes. Der Kauf kann irreführend wirken. Denn der wahrhaft Arme ist überhaupt nicht kaufähig und der Käufer hat kein Schild um den Hals hängen, auf dem steht: „Ich bin ein valutastarker Ausländer“, „Ich bin ein Schieber“, „Ich spekuliere in Dollars“ oder „Ich kaufe für eine zehnköpfige Familie ein“.

Wahgebend für die Not ist das, was verkauft wird. Oder richtiger gesagt, was man zum Verkauf anzubieten wagt, es möge sich dabei um halberverkaufte Früchte, verwelktes Gemüse — oder um Strümpfe handeln. Bei letzteren hat es sich nämlich wirklich herausgestellt, daß man sie krank und frei in beschädigtem Zustande in den Strumpfbuden, diesen üblichen Marktercheinungen, feilbietet. An und für sich gehören die Strümpfe mit zu den begehrtesten Artikeln des täglichen Bedarfs. Nicht die leuchtenden, bunten, sondern, die mit ihren Renommierpreisen auf Renommierdämchen spekulieren, sondern die einfachen Strümpfe. Da wollene kaum noch zu beschaffen sind, muß man schon seine Aufmerksamkeit den baumwollenen und noch dünneren zuwenden. Und auf der Suche nach ihnen sieht man ein erstaunliches Bild. Da gewahrt man Strümpfe, an denen sich die Sonne gültig tat, da sie stellenweise von ihrer Farbe mit gewaltigem Appetit ah. Nun, bei der genügenden Preisermäßigung kann man von einem solchen Verkauf nichts sagen. Andere passen in der Farbe überhaupt nicht zusammen; bei hohen Schuhen mag das gehen. Aber — und nun kommt das Wesentliche, andere werden einfach in zerrissenem Zustande auf den Markt gebracht. Dabei preist der Verkäufer eifrig an: „Sehen Sie mal, meine Dame, hier ist nur eine Masche heruntergefallen, die können Sie selbst wieder aufheben. Dort sind ein paar Maschen heruntergefallen, das sieht aus, als ob der Strumpf einen Zwiesel hätte. So billige Strümpfe bekommen Sie nie wieder. Und sehen Sie mal diese Strümpfe. Oben die Kante, die immer so leicht von den Strumpfhaltern zerrissen wird, ist fest gewebt und ganz, sonst, an den Waden, ist dann und wann ein Loch, aber das schadet ja nichts. Sie haben keine farbige Wolle, was? Na, da kann man ja schließlich mit Zwirn zusammenziehen.“

Es wird gekauft. Bloß eine alte Frau sagt ganz ernstlich: „Ree, so was, Kluttern ha'bn wir doch selbst genug.“

## Zucker zum Schnaps.

### Gibt's keine bessere Verwendung?

Die Zuckerknappheit wird, wie bekannt, durch die Verwendung großer Mengen Zucker zur Fabrikation von Konfitüren und Likören noch verschlimmert. Wo der Zucker bleibt, das zeigte vor einigen Tagen der „Vorwärts“ an dem Beispiel der Likörfabrik Kahlbaum. Einen seit längerer Zeit lagernden Vorrat von etwa 336 000 Kilo Zucker bestimmte man zur beschleunigten Einkochung, die Ende August begann und zu deren Durchführung in drei Schichten ge-

arbeitet wurde. Anscheinend wird es den Likörfabriken gar nicht mal schwer gemacht, die bedeutenden Mengen Zucker aufzukaufen, die sie brauchen. Wir lesen in der „Deutschen Destillateur-Zeitung“ vom 5. September 1922 folgende Annonce:

Wegen Einschränkung der Likörfabrikation habe 50—60 Zentner Zucker gegen Gebot abzugeben. Ab Thüringischer Station. Gefl. Angebote unter F. D. 4348 an den Verlag dieser Zeitung.

Der allfällige Eigentümer der 50—60 Zentner Zucker annonciert in der „Deutschen Destillateur-Zeitung“, dem „Nachblatt für Spirituosen- und Branntweinergewerbe, Wein- und Obstweine, Frucht- und sonstige Obstzergewerbe, Essig, Essenzen und alkoholische Getränke“. Er will also wohl den Zucker nicht dem Verbrauch in der Hauswirtschaft zuführen, sonst würde er keine Ware gewiß durch ein anderes Blatt anbieten. Aus dem Zufall „wegen Einschränkung der Likörfabrikation“ wird der Leser schließen, daß dieser Zucker auch bei dem bisherigen Eigentümer dazu bestimmt war, in Likör unterzugehen. Der Inhaber ist aber eine Firma Friß Drasdo in Suhl (Thüringen), die mit Kolonialwaren en gros und en detail handelt und auch etwas Likörfabrikation treibt. Warum bringt sie den durch Einschränkung der Likörfabrikation frei gewordenen Zuckervorrat nicht durch ihren Hauptbetrieb „Kolonialwaren“ unter die Leute? Sie bietet den Zucker nicht zu einem bestimmten Preis an, sondern fordert Kauflustige auf, ihrerseits ein Gebot zu machen. Die Beser der „Deutschen Destillateur-Zeitung“ werden sicherlich mehr bieten als den Preis, den die Arbeiterfrauen von Suhl für Zucker anlegen können.

## Das Markenbrot 38 Mark.

Das Ernährungsamt teilt folgendes mit: Infolge weiterer Erhöhung der Preise wichtiger Rohmaterialien und Betriebsstoffe sowie Steigerung der sonstigen Sach- und Personalkosten der Brot-herstellung hat sich, worauf bereits kürzlich hingewiesen wurde, der Magistrat genötigt gesehen, die Preise für das Markenbrot gemäß heraufzusetzen. Die neuen Preise, die vom 11. September 1922 ab gelten, sind für Markenbrot im Gewicht von 1000 Gramm 38 Mark, für Kleingebäck (Schrippe) im Gewicht von 50 Gramm 1,45 M.

## Um die Milchversorgung.

Im Gebäude der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin fand eine Besprechung der beteiligten Organisationen der Erzeuger, der Verarbeiter, des Milchhandels, der Verbraucher und des Milchamtes der Stadt Berlin über das am 1. Oktober in Kraft zu setzende Abkommen für die Sicherstellung der Milchversorgung der Städte und die Preisfestsetzung für Milch in den Wintermonaten statt. Nach sehr eingehender und lebhafter Aussprache wurde die Beschlusfassung vertagt, weil die Entscheidung der in Hamburg versammelten deutschen Ernährungsminister abgewartet werden soll. Das Winterabkommen wird daher erst Anfang nächster Woche abgeschlossen werden können.

## Eisbein und Pöfelfleisch.

Ein gutes Eisbein läßt niemand gern stehen. Wie weit der Appetit auf ein delikates Eisbein über treiben kann, zeigte eine Berufungsverhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III. Eines Tages ging der mehrfach vorbestrafte Schweizer Johann Magd, es war kurz vor Weihnachten 1921, an einem Lokal am Wedding vorüber, wo man gerade eine Schlüsselrosiger Eisbeine, die appetitlich dampften, auftrug. Da er arbeitslos und hungrig war, reißte in ihm ein Plan, den er noch in derselben Nacht ausführte. Er war früher bei einem Landwirt Müller in Kleinandorf beschäftigt gewesen und wußte, daß dieser Schweine hielt. Warum sollte ihm sein früherer Brotherr nicht die so sehr schätzte Schweinebeine liefern. Gedacht getan, zu eilfertig und zwei Schweine, die er in dem Stall vorfand, mußten daran glauben, sie wurden abgeschlachtet und von dem Angeklagten auf einem mitgebrachten Handwagen in seine Wohnung geschafft. Hier hub ein Schmaufen an, wie er es sich lange nicht hatte leisten können, sämtliche Eisbeine wurden aufgefressen. Als die Polizei, nachdem der Verdacht auf Magd gefallen war, in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vornahm, fanden sie das übrige Fleisch fein säuberlich eingepökelt vor. Das Schöffengericht Berlin-Wedding hatte Magd in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteils hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Die Ferienstrafkammer verwarf seine Berufung und hielt das Urteil aufrecht.

# Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Rur die Gestelle sind zu sehen, jetzt von allem geseert. Gegeffen ist das Fleisch, verorannt der Tran, verbraucht die vielen Felle — der Vorrat des Sommers ist verschwunden, Schmahans ist Rückenmeister im Ort, denn das Meer ist zugefroren, von Eis bedeckt.

In den Hütten sitzen Männer, Frauen und Kinder zusammengekauert auf dem Boden und auf Pritschen. Sie sind stumm, sie stieren vor sich hin mit matten, erloschenen Augen, und die Hände ruhen im Schoße — kein Speer und Jagdgerät ist in Ordnung, er wartet auf Wasser, auf Jagd; ihre Felle sind alle gegerbt und verarbeitet, viel ist nicht zu tun, nur Essen zu kochen — aber das Meer ist zu, von Eis bedeckt, so daß man keine Nahrung bekommen kann.

Die Kinder sind dünn, ausgezehrt, die Wadenknochen stehen hervor, die Augen liegen tief in den Höhlen, sie jammern, wollen zu essen haben, sie verstehen ja nicht, weshalb nichts da ist.

Unruhig sieht der Mann, sein Blut gärt — er sehnt sich danach, im leichten Kajak plätschend über das offene Wasser zu fliegen, auf der Jagd nach Seehunden, nach Essen, doch er muß warten — es ist dunkel draußen, und das Wasser ist fort, überall liegt Eis.

Die Kinder jammern lauter, sie schreien nach Essen, das ist mehr, als die Eltern ertragen können. Sie sehen einander an, sie fragen, bittend, er düstert und ernsthaft — dann nickt er resigniert, erhebt sich, zieht seinen Anorak über den Kopf, nimmt einen Speer und geht hinaus.

Erwartungsvoll sitzen die Kinder, sie wissen, was das bedeutet. Die weichen Fußtritte verlieren sich im Schnee — alles ist still und ruhig in der kleinen Hütte drinnen, alle lauschen. Dann ertönt ein erschrecktes Gebell, ein Heulen, ein gurgelnder Laut — die Fußtritte nähern sich wieder dem Hause, und der Mann kriecht, eine Last nach sich ziehend, durch die enge Öffnung herein, schüttelt den Schnee von seinen Sachen und wirft stumm einen getöteten Hund vor die Frau. Die Kleinen leben auf, die Augen leuchten, als sie das rote Fleisch, das unter den flinken Fingern der Mutter zum Vorschein kommt, erblicken; bald ist der Hund abgezogen, in Stücke

geschnitten und ein Teil davon liegt im Raaktopf — nur wenig, es muß gepart werden, aber etwas ist besser als gar nichts.

Es ist kältester Winter in Nuwuk; aber nach dem Winter kommt der Frühling. Da flammt das Sonnenlicht über das Eis, es blinkt und blüht in den Eiskristallen, der Frühling ist gekommen, mit ihm der Seehund. Wieder gibt es Essen, und große Blutspuren vor den Hütten zeigen, wo der Seehund abgezogen wurde. Männer, Frauen und Kinder haben wieder Fleisch auf den eingefallenen Waden, ihr Gang ist elastisch geworden, die Augen blaut; man atmet auf nach dem langen, schweren Winter.

Tiefe Schlittenspuren führen von den Hütten hinunter bis an den Rand des Eises und weit auf das Meer hinaus — hinaus zu fleischigen Männern, die wie kleine schwarze Punkte draußen zwischen dem aufgestauten Eis in siegreichem Kampfe gegen das Getier des Meeres sich tummeln. Tag um Tag schleppen bellende Hunde frisch erlegte Seehunde auf den Strand, über eine von rotem Blut gefärbte Spur, hin zu den Frauen, die an dem saftigen Fleisch herumscrubben und schaben.

Kinder gehen umher, warm in dicke Renntierkleider gehüllt, Fleisch knabbernd, rohes oder gekochtes, wie es gerade trifft, und die Hunde haben es eilig, noch haben sie den bitteren Winter nicht vergessen, sie vergraben Fleischstücke im Schnee — zur Sicherheit gegen schlimme Tage.

Ja, es ist Frühling in Nuwuk, bald kommt der Wall!

Der Wal — der große Bartenwal, das wichtigste Wild des Estimos, das größte Tier des Meeres — nein, der Welt. Man hofft, daß man viele fängt, sie geben Fleisch, Speck und Tran, doch als allerbestes geben sie Varen für den Handel mit dem weißen Manne, der, wenn das Meer sich öffnet, in großen Schiffen kommt, beladen mit den herrlichsten Dingen, die von allen Freigelehrten hoch im Norden heiß begehrt sind. Viele Wale geben viele Varen — viele Varen Aussicht auf Dinge, die sonst nicht zu haben sind: Mehl und Sirup, Waffen für die Männer, Schmuck für die Frauen, Spiritus für alle — man hofft auf viele Wale!

Es werden Vorbereitungen zur Jagd getroffen, es wird scharf gearbeitet; die Schlitten müssen aufgefrißt und die Schnüre erneuert werden, die Umiaks müssen instand gesetzt und die zerrissenen Jäger ergänzt werden, und die Frauen sind eifrig mit Nadel und Faden und schweren Häuten beschäftigt — die Bezüge werden nachgesehen,

Aber vor allen Dingen arbeiten die Männer an ihren Waffen, an Speeren und Lanzen und den großen Messern, alles muß in bester Ordnung sein, ein Sprung i. einer Wale kann einen verlorenen Wal bedeuten.

So, es herrscht Eifer und Arbeitslust unter der goldenen Sonne — es ist Frühling in Nuwuk. Jetzt kommt der Wall!

Man sieht über das zugefrorene Meer hinaus, das str. weiß, freideweiß, sich vom Strand bis weit an den Horizont erstreckt; alles ist weiß, dunkelblaue Flecke — Wasser — sind noch nicht zu sehen.

Es wird ängstlich über das eisbedeckte Meer gespöht. Noch ist das Eis nicht weggetrieben — es ist spät im Frühjahr, es müßte längst Wasser da sein, doch die andauernden Westwinde halten das Eis am Land.

Alles ist fertig, ein Weg durch das aufgestaute Eis hindurch gebahnt; die Umiaks sind auf die Schlitten geladert, die nebeneinander aufgefahren und mit Waffen, Schwertm- blasen, der ganzen Ausrüstung gefüllt sind; das Getier liegt auf dem Schlitten, und die Hunde sind in langen Reihen angebunden, alles ist bereit zum Ausbruch über das Eis nach dem offenen Wasser, zu dem herrlichen, spannenden Kampf mit dem nordwärts ziehenden Wal.

Draußen, weit vom Land, da, wo das Wasser kommen müßte, im Schutze einiger hoher Eisblöcke, sieht eine Reihe von Männern.

Ueber ihnen heult der Sturm, der ewige Westwind. Er treibt den Schnee über das Eis hin, wirbelt ihn hoch, peitscht ihn herum, treibt ihn nach Osten, dem Lande zu. In rasender Fahrt jagt er dahin, es stäubt von den Spitzen des aufgestauten Eises, alles Lebendige sucht Schutz — alles, bis auf die Reihe von Männern, die warm und gut hinter den Eisblöcken sitzt, die Knie unter den Anorak gezogen, den Kopf in dessen Kapuze verborgen, mit dem Rücken gegen den Wind und den wirbelnden Schnee.

Still sitzen sie da und sehen gen Osten — auf einen hohen Mann, der in Felle gekleidet ist, die fest und gut um seinen bieglamen Körper schließen. Lange Haare von der Kapuze des Amorats werden ihm ins Gesicht geweht, können aber weder die dunklen, strahlenden Augen, noch seine scharfe Nase oder den starken Mund verbergen, auch nicht die großen Steinplatten, die in die Waden eingelassen sind und durch Nadeln festgehalten werden.

(Fortsetzung folgt.)



# Die berühmte Trinidad.

## Briefmarken und Valuta.

Ein Valutageschäft, das einen anderweitig erlittenen Verlust beim Briefmarkenverkauf nicht nur wieder gutmachen, sondern noch erheblichen Gewinn abwerfen sollte, führte in der Berufungsinstanz den Kaufmann Christian von Krestjanoff vor die Ferienstrammer des Landgerichts I, wo er sich unter der Anklage des Betruges zu verantworten hatte.

Der Angeklagte stammt aus einer angesehenen russischen Familie, sein Vater war Generalkonsul in Petersburg. Bei Ausbruch der Revolution flüchtete er aus Russland, ging zunächst nach Island und kam dann nach Deutschland. Er legte sich in Berlin auf den kommissionsweisen Briefmarkenhandel und erhielt von der Firma Paul Krüger Briefmarken in Kommission im damaligen Werte von 450 000 M. Unter den Marken befanden sich eine Trinidad-Marke im Werte von 8500 Lire, die heute eine halbe Million Mark kostet, ferner zwei Marken zu je 50 000 M. und eine Marke zu 40 000 M. Insgesamt waren es 12 Marken, die der Angeklagte in seinem Bekanntenkreis, in dem sich viele Briefmarkensammler befanden, absetzen wollte. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte nun darin einen Betrug erblickt, daß der Angeklagte einzelne dieser Marken weit unter Preis an die russische Briefmarkenhandlung in der Burgstraße abgegeben hatte und A. war aus diesem Grunde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der gestrigen Berufungsverhandlung stellten sich die Dinge anders dar. Durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Manthey konnte der Angeklagte den Nachweis führen, daß er in ersten Verkaufsgeschäften bezüglich der übrigen Marken mit einem englischen Major gefastanden hat, der sie in englischer Währung bezahlen wollte. Wenn dies Geschäft geklärt wäre, hätte der Ueberfluß nicht nur den Verlust gedeckt, sondern noch einen großen Gewinn eingebracht. Außerdem wies der Verteidiger des Angeklagten nach, daß die Firma ihm die Marken zur freien Verfügung auf 4 Wochen an Hand gegeben hatte. Aus diesen Gründen kam das Gericht zu einer Aufhebung des ersten Urteils und einem Freispruch des Angeklagten.

## Beim Wort genommen.

Eines gewissen Humors entbehrt nicht die Flucht des feinerzeit verhafteten Freiherrn Ludwig von Eggloffstein-Derthel, der eine günstige Gelegenheit benutzte, um aus dem Untersuchungsgefängnis zu entfliehen. Frhr. von E. befiel sich seit zwei Jahren in Untersuchungshaft, da gegen ihn eine sehr umfangreiche Voruntersuchung schwebt, die außer Kapitalverbrechen ihn mit fast allen Paragrapfen des Strafgesetzbuches in Konflikt bringt. Er hat u. a. in eleganter Offiziersuniform als angeblicher Leutnant große Betrügereien mit gefälschten Banknoten verübt. — Gestern wurde er wieder einmal dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Am Schluß der Verhandlung sagte der Untersuchungsrichter zu dem Angeklagten: „Sie können gehen.“ Natürlich wollte er damit nur sagen, daß die Vernehmung beendet sei, und der Untersuchungsgegenstand wieder abgeführt werden könne. Der Wachmeister war aber zufällig abwesend, was dem Richter entgangen war. Frhr. von E. nahm die Worte des Richters buchstäblich und „ging“, aber nicht zurück in seine Zelle, sondern in ein Nebenzimmer, von dem aus es ihm mühelos gelang, durch den Korridor das Weite zu suchen und unerkannt aus dem Hause zu gehen. Frhr. von E. ist bis heute noch nicht wieder ermittelt.

## Der Silberhag im Schweinefall.

Ein großer Einbruch, der vor acht Tagen bei dem russischen Staatsrat Arnow in der Zimmerstr. 7/8 verübt wurde, ist nunmehr aufgeklärt worden. Die Täter sind festgenommen und das gestohlene Gut konnte zum größten Teil wieder herbeigeschafft werden. Die Kriminalpolizei, die nach dem gestohlenen Tafelsilber und den wertvollen Pelzjachen fahndete, entdeckte auch in einem Modesealon einen Pelz, gewannen so den ersten Anhaltspunkt und kam bald auf die Spur der Täter. Es sind dies zwei vorbestrafte Brüder Josef und Klaus Szegyel, die die Gelegenheit hierzu von einem Hausreiniger erhalten hatten, dessen Frau in einem Geschäftsbetriebe im Hause Zimmerstr. 7/8, in dem die Wohnung des russischen Staatsrates liegt, eine Aufwartestelle verleiht. Die beiden Gebrüder verschafften sich zunächst die nötige Ortskenntnis und warteten dann eine günstige Gelegenheit ab. Diese bot sich ihnen, als die Familie des Staatsrates Bekannte in Zehlendorf besuchte und dort die Nacht über verblieb. Die ganze Beute verpackten sie an eine Frau Tieh, deren Mann am Grünen Weg einen Produktionshandel betreibt, für bere 90 000 M. Von diesem Gelde erhielt der Hausreiniger 10 000 M. für den Tip ab. Während nun dieser mit dem Gelde das Weite suchte und auch noch nicht ermittelt werden konnte, blieben die beiden Brüder hier. Sie kauften sich einen Koffer, packten in diesen 40 000 Mark und gaben ihn einem Kaufmann am Bismarckplatz in Verwahrung. Das andere Geld wurde für Neuanschaffungen usw. verwendet. Frau Tieh, die Käuferin der Diebesbeute, trennte aus den Pelzen das Futter heraus, ließ es färben und verkaufte es dann. Auch die Pelze machte sie zu Geld. Das Silber aber getraute sie sich nicht anzubieten, weil durch die veröfentlichte Beschreibung des schweren Tafelsilbers die Gefahr zu groß geworden war. Die Frau ging daher zu ihren Eltern, die am Ostbahnhof eine Schankwirtschaft betreiben und außerdem einen Pferde- und Schweinefall unterhalten. Letzterer erklarte ihr der geeignete Ort, die Beute zu verstecken. Weil sie sich „für die jungen Schweine“ so sehr interessierte, ging sie in den Schweinefall, grub unter dem Dung ein Loch aus und versteckte darin das Silberzeug. Dort wurde es von den Beamten gefunden und beschlagnahmt.

Der Stadtverordnete a. D. Baurat und Architekt Richard Seel ist plötzlich, 68 Jahre alt, an einem Herzschlag gestorben. Er gehörte der Berliner Stadtverordnetenversammlung mehrere Jahre an. Von seinen zahlreichen Arbeiten sind besonders hervorzuheben die Theater in Freiburg und Kiel, die Stadthalle in Rönneberg i. Br. u. a. sowie sein Entwurf für ein neues Opernhaus in Berlin, wo er zahlreiche Privathäuser usw. errichtet hat.

„Nadel und Schere“. Die vom Bezirksverband des selbständigen Schneiderhandwerks der Provinz Brandenburg veranstaltete zweite große, allgemeine Warenausstellung wurde gestern im Mierensaalbau „Friedrichshain“ eröffnet. Die sehr gut besuchte Ausstellung umfaßt fast alle im Schneidergewerbe erforderlichen Gebrauchsgegenstände. Unter anderem fallen die modernen Näh- und Nähmaschinen auf. Große Anerkennung finden die verschiedenartigsten Pelzjachen, die in künstlerischer Ausführung von Herrn Alfred Homuth, Fachlehrer der Kürschnerfachschule Berlin, gefertigt werden. Auch die Zehrlingsarbeiten der Schneiderfachschulen fanden große Anerkennung. Die Ausstellung ist nur bis zum 8. September von morgens 10 bis abends 10 Uhr geöffnet.

Für die weltliche Schule am Wedding müssen Anmeldungen vom Religionsunterricht und Anträge auf Umschulung von den Direktoren der Schulen bis zum 1. Oktober entgegengenommen werden. In Fällen der Ablehnung wende man sich an die städtische Schuldeputation Berlin, Rathaus. Schulanfänger sind bei den zuständigen Schulkommissionsvorstehern sofort für die weltliche Schule anzumelden. Die Anmeldung vom Religionsunterricht muß auch hier ordnungsmäßig vorgenommen werden. Auskunft in allen Fragen der weltlichen Schule am Wedding sowie Ausgabe der vorchriftsmäßigen Formulare bei Frau A. H. Müllerstr. 59b, II. Portal v. III; Hermann, Dammgasse Str. 8, v. II; Schäfer, Burgstraße 12, v. IV; Anderson, Stralunder Str. 19, v. Keller; Rühl, Prinzenallee 33, v. II.

Jugendnot-Lagung. Der Kartenverkauf für die Lagung findet u. a. in den Verkaufsstellen der „Werkfreunde“ (Gemein-

nähige A. m. S. H.) statt, Charlottenburg, Bismarckstraße 85 und W. 35, Magdeburger Straße 7 (nicht 71, wie im „Vorwärts“ infolge eines Druckfehlers zu lesen stand).

Die Operantenschule Groß-Berlin veranstaltet in Reußlin am Freitag, den 8. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Anaben-Mittelschule, Danaustr. 120, einen Vortragsabend. (Eintritt frei für jedermann.) Redner: Dr. Buchardt (Die Sprache als Kunstform) und Architekt Fischer („Der Nutzen des Operantens“). Im Anschluß an diesen Abend beginnen neue Anabenkurse, von denen der erste in Reußlin am Mittwoch, den 13. September (7 1/2 bis 9 Uhr) seinen Anfang nimmt. Gebühr 150 M., Schüler 100 M.; Dauer nur 15 Abende. Anmeldung und Auskunft bei Maromsky, Reußlin, An-Friedrich-Str. 60.

Bezirksbildungsausschuss. Am Donnerstag, den 14. September, abends pünktlich 6 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr.: Sitzung des großen Bildungsausschusses. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. — Sonnabend, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr: „Herbstfeier“ des 6. Kreises im großen Saal

**Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungs-Verkaufsstellen usw., sowohl in Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland den „Vorwärts“ zu verlangen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen oder anderen Verkaufsstellen nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar.**

**Hauptexpedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Zeraprecher: Amt Dönhoff 2506—2507

des Gewerkschaftsbundes (Berliner Arbeiterzeitung). — Portrait von Sebel, Liebfraei, Ebert und Scheidemann in künstlerischer Ausführung, pro Bild 25 M., im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen. — Der Lehrplan der „Sozialistischen Bildungsschule“ für die Arbeitsperiode Oktober/Dezember ist erschienen und zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen. Es wird dringend ersucht, sofort die Bestellungen abzugeben.

Mutterkulturlied. Im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Franzstraße, am Stranbahnbad Westend, beginnt am 20. September dieses Jahres ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem all das Theoretische und Praktische gelehrt werden muß, was eine Frau von der Pflege und Erziehung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt 4 Doppelstunden wöchentlich Mittwochs von 8—5 Uhr. Es wird großer Wert auf praktische Uebungen am lebenden Kinde gelegt. Einschreibegeld für den Gesamt-Kursus 100 M. Meldungen im Bureau der Anstalt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis (Neußlin). Morgen, Freitag, 7 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung an bekannter Stelle im Gefängnisgefängnis.  
17. Kreis (Zehlendorf). Arbeitstagung sozialistischer Elternbeiräte. Morgen, Freitag 7 Uhr Sitzung im Rathaus, Zimmer 25.  
3. Kreis (Friedrichshain). Sonntag, 10. September: Parteipartei des Männerchors verbunden mit einer Agitationsschau nach Stralunder. Dort früh 10 1/2 Uhr Versammlung. Treffpunkt am hinteren Aufgang des Schiffsdenkmalhofs Ecke Hauptstraße früh 6 1/2 Uhr. Alle Genossen des Kreises sind eingeladen.

## Heute, Donnerstag, den 7. September:

Jugendkassen: Gruppe Friedrichshain. Die Gruppe teilt sich an der Veranstaltung der Gruppe Süd. Nächster Vortragsabend Donnerstag, 14. September, über: „Arbeitsrecht“. Ref.: Genosse Helgenberg. — Gruppe Süd. 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprachschule, Lindenstr. 3, Vortrag über: „Rechtliche Verhältnisse“. — Gruppe Tempelhof-Marieberg. 8 Uhr bei Rahmweil, Tempelhof, Rungeländer-Ecke Wedderstraße: Vortragsabend.

## Morgen, Freitag, den 8. September:

3. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Betriebskommissionen sowie Amtlicher Funktionäre im Lokal Emil Köhler, Engelauer 23.  
5. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebskommissionen bei Sebel, Georgenstraße 36. Pünktliches Erscheinen Pflicht!  
6. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionäre bei Dobroschaw, Schwandauer Str. 11.  
18. Abt. 7 1/2 Uhr bei Mielitzki: Zusammenkunft der Funktionäre und Vertrauensleute.  
Schöneberg. 7. Abt. 8 Uhr Frankestr. 10: allgemeine Funktionäre. Die Mitglieder des engeren Verbandes werden ersucht, um 7 1/2 Uhr pünktlich zu erscheinen. — 78. Abt. Pünktlich 7 Uhr Vorstandssitzung im Klassenzimmer 11 der Gemeindefabrik, Feuerstr. 57. Ebenso 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. — 79. Abt. Pünktlich 7 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Groß, Seebastei 17. (Nicht bei Hofmann!) Erscheinen sämtlicher Funktionäre Pflicht!  
114. Abt. (Zehlendorf). 7 1/2 Uhr Funktionäre bei Schwarz, Sobieski-Str. 17.

## Jugendveranstaltungen.

Eine Konferenz der Wahlkreisvorstände findet am Samstag, 8. September, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Tagesordnung: 1. Unsere Winterarbeit. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes. Alle Abteilungen müssen vertreten sein! Zutritt haben nur die 1. und 2. Vorsitzenden und die Kreisvorstände.

## Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 7. September:

Korben. Jugendheim: Gemeindefabrik, Pauliner Str. 23. — Friedenau. Jugendheim: Hohenstraße 12. — Genshagen. Jugendheim: Gemeindefabrik, Genshagen Str. 2. — Partau. Erziehung zum Sozialismus. — Pankow. Jugendheim: Erdbeerg. 6. — Zehlendorf. Jugendheim: Bismarckstr. Ecke Hohenstraße. — Stralunder Viertel. Jugendheim: Gemeindefabrik, Burgstr. 3. — Schwanenbühl. Jugendheim: Breite Str. 25. — Südend. Jugendheim: Gemeindefabrik, Schwanenbühlstr. 24. — Wedding. Jugendheim: Gemeindefabrik, Müller-Ecke Teichstraße.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Orthographenverein Stolze-Schnee. Neue Anfängerkurse beginnen: Döber, Strohmühlstr. 6 (Schule), Montag, 11. September; Reußlin, Rottfriesch-Str. 20/21, Dienstag, 12. September; Mariendorf, Rottfriesch (Gemeindefabrik), Donnerstag, 14. September; Rodden, Schulstr. 99 (Schule), Donnerstag, 14. September. Sämtliche Kurse beginnen um 7 1/2 Uhr und enden um 9 1/2 Uhr. Näheres Auskunft (Auskunft beifügen) erteilt Genosse Ruhn, Berlin SO. 26, Adalbertstr. 85 III.

## Arbeiter-sport.

Sportliche Wettkämpfe auf dem Domnitzerplatz in Schöneberg am Sonntag, 10. September. Anfang 2 1/2 Uhr. Frauen: 75 m, Hochsprung, 4: 100 m, 100 m, 200 m, 300 m, Weisprung, Kugelstoßen, Diskus, und Speerwerfen, 4: 100 m und Schwedenkugel. Witzersturner: 100 m; 50 m; 100 m; Jugend: 400 m, Dreisprung, Diskus, und Speerwerfen, 4: 100 m und Olympische Stoffel. Eintritt 3 M.; Teilnehmer und Jugendliche 1 M. Die Mitglieder der Freien Turnerschaft Groß-Berlin und Friedenau werden um zahlreiche Beteiligung ersucht. Abends Vorführung des Bundesfestes in der Aula, Franzosenstr.

Wetter bis Freitag mittag. Abbl. veränderlich, zeitweise heiter, keine erheblichen Niederschläge. Näßige, nordöstliche Winde.

## Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft schleppend, Fische gering, Geschäft flott, Obst und Gemüse reichlich, Geschäft rego.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 70—85 M., ohne Knochen 85—115 M. Schweinefleisch 130—170 M. Kalbfleisch 75—110 M. Hammelfleisch 75—115 M. Fetter Speck 280—300 M. Rückenst. 228—245 M. Schellfisch 30—50 M. In Eis: Zander 80—105 M. Aale 95—128 M. Bleis 45—48 M. Barsche 65 M. Lebrade Schleie 170—180 M. Karpfen 140 M. Aale 155—168 M. Grüne Heringe 30—40 M. Eier 11.50—12.50 M. das Stück. Naturbutter 230—250 M. Margarine 160—190 M. Schweineeschmalz 230—260 M. Kartoffeln 33—35 M. rebn Pfund. Wachsböhen 12—15 M. Zwiebeln 10—12 M. Pfefferlinge 22—31 M. Pflaumen 8—25 M. Hafgrütze 45 bis 48 M. Weizengries 48—56 M. Haferfloeken 48—50 M.

# Wirtschaft

## Die Gehälter und Löhne in der Bilanz.

Bilanzen haben in der heutigen Zeit kaum noch einen anderen Zweck, als die wahre Vermögenslage eines Unternehmens zu verschleiern. Wenn auch nicht für alle, so gilt das doch für die meisten Unternehmen. Immer wieder kann man in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften hören, daß die hohen Löhne und Gehälter die Gewinne des Unternehmens beeinträchtigt hätten und daß sie an den hohen Preisen der Waren die Hauptschuld oder mindestens einen wesentlichen Anteil hätten. Sieht man die Kieziffern, die in den Bilanzen für diese Ausgaben erscheinen, so wird man geneigt sein, die Behauptungen als richtig anzusehen. Eine derartige Beurteilung wäre aber oberflächlich und hält einer sorgfältigen eingehenden Prüfung nicht stand.

Wenn man die hohen Summen für Löhne und Gehälter in den Bilanzen näher prüft, so muß man vor allen Dingen die Bilanzen von Konzernunternehmen ausscheiden. In ihnen sind häufig die leitenden Persönlichkeiten bei mehreren Unternehmen tätig. Da ihr Gesamteinkommen sich aus einer Reihe Einzelseinkommen bei den verschiedenen Unternehmen, in denen sie tätig sind, zusammensetzt, erscheint bei dem einzelnen Unternehmen für Löhne und Gehälter nur eine verhältnismäßig geringe Summe für sie, auch dann, wenn man die Bilanzen sämtlicher Konzernunternehmen zusammennimmt, ist die Summe, die für die Leitung unter Löhne und Gehälter gebucht wird, geringfügig.

Ein klares Bild der Sachlage ergeben die Bilanzen der Gesellschaften, welche die volle Kraft ihrer Angestellten für sich beanspruchen und dementsprechend auch die leitenden Angestellten besolden. Hier erhalten oft die wenigen leitenden Angestellten mehr als die große Masse der übrigen im Betrieb Beschäftigten. Zieht man ihre Bezüge von dem Posten Löhne und Gehälter ab, so bleibt dann oft für die große Masse verhältnismäßig sehr wenig übrig, und die Löhne, die durch die Rationierung einer hohen Summe für Angestelltegehälter und Arbeiterlöhne ersetzt werden sollte, die Illusion, daß Arbeiter und Angestellte des Unternehmens keinen Grund zum Klagen über ihre Entlohnung hätten, wird dann gründlich zerstört. Deshalb sollten Angestellte und Arbeiter darauf dringen, daß bei Aufstellung der Bilanz die Summen, welche die Gehälter der verschiedenen Einkommenskategorien für sich beanspruchen, einzeln aufgeführt werden. Dann wird die Deffektivität vor Täuschungen bewahrt, und so wird auch verhütet, daß die Stellung der Arbeiter und Angestellten bei Lohnkämpfen in der Deffektivität geschwächt wird. U. S.

## Die Frage des Gestehungspreises.

Wir veröffentlichen gestern eine Unterredung des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt mit Vertretern des Einzelhandels, in der der Minister in der Frage der Errechnung des Gestehungspreises erneut den Standpunkt der Reichsregierung betont, daß die Wiederbeschaffungskosten nicht den Gestehungskosten zugrunde gelegt werden können, zumal in einer Zeit wie heute, wo sie lebhaft der Ausdruck einer Notmarktlage seien. Diese Auffassung deckt sich mit der jüngsten Verordnung des preussischen Finanzministers über die Ueberwachung der Preisgestaltung im Kleinhandel.

Im Gegensatz zu den Auffassungen der Reichsregierung und der preussischen Regierung hat indes die Preisprüfstelle Berlin den Wiederbeschaffungspreis als Bestehungspreis für die Berechnung des Verkaufspreises zugestanden. Gleichwohl sollen allerdings für Groß-Berlin Angemessenheitspreise für die wichtigsten Lebensmittel im gemeinsamen Zusammenarbeiten von Vertretern des Kleinhandels, der Preisprüfstelle und der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums festgesetzt werden. Reichsregierung und preussische Regierung halten jedoch an ihrer Auffassung fest, daß eine Gleichsetzung von Wiederbeschaffungskosten und Gestehungskosten gerade in heutiger Zeit nicht in Frage kommen, sondern bei der Preisberechnung nur die Rede davon sein kann, der tatsächlichen Geldwertung Rechnung zu tragen.

Die Preissenot in der Holz. Die infolge der Not der Presse hier eingegangene „Birmafener Holzzeitung“ ist das vierte Blatt, das bisher in Birmafens sein Erscheinen einstellen mußte. Rummer verfügt die Stadt nur noch über eine Zeitung bei rund 40 000 Einwohnern.

Krise in der russischen Schwerindustrie. Durch den Ausfall an Staatsaufträgen befindet sich die Schwerindustrie Süd- und Zentralrusslands in einer empfindlichen Krise. Den Hauptabnehmern, dem Verkehrs- und dem Kriegskommissariat, sind noch nicht die notwendigen Kredite bewilligt worden. Der dadurch herbeigeführte Mangel an Aufträgen zwingt Zentralrussland, Umorganisationen, die teilweise mit Betriebs einsparungen verbunden sind, vorzunehmen. Die Krise ist um so auffälliger, als die russische Rohisenproduktion nur noch den 25. Teil der Vorkriegsmenge beträgt, so daß nach einem Kräfte Bogdanows, des Vorsitzenden des obersten Volkswirtschaftsrats, in Ru. land ein wahrer Metallhunger besteht.

Ein überstürztes Dementi. Die deutsche Kasiindustrie bezieht sich, die von ein gebrachte Meldung des Sez. Parlamentsdienstes über den Abschluß eines Abkommens mit maßgebenden französischen Kasiinteressen zu dementieren. Sie halten sich zur Erhärtung ihres Dementis an eine rein formale Unstimmigkeit in der fraglichen Meldung, in der von dem französischen Kasiandikat, das noch nicht besteht, die Rede war, während die dem deutschen Kasiandikat sicherlich bekannten Verhandlungen auf beiden Seiten von führenden Interessenten vorgenommen wurden. Wir halten also gegenüber dem Dementi die Mitteilung in ihrem sachlichen Inhalt aufrecht und behalten uns vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen, falls das erforderlich oder erwünscht wird.

## Devisenkurse.

	6. September		5. September	
	Kauf- (Geld-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs	Kauf- (Geld-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	49438.10	49561.90	50429.35	50570.65
1 argentinischer Papier-Peso	454.42 1/2	455.57 1/2	521.82 1/2	523.17 1/2
100 belgische Franc	9388.25	9411.75	10561.75	10588.25
100 norwegische Kronen	21023.65	21078.35	23970.—	24030.—
100 dänische Kronen	27116.05	27183.95	30961.25	31038.75
100 schwedische Kronen	38558.—	38642.—	38152.25	38247.75
100 finnische Mark	2846.40	2838.60	3178.—	3184.—
1 japanischer Yen	599.25	600.75	686.10	687.90
100 italienische Lire	5518.05	5531.95	6242.15	6257.85
1 Pfund Sterling	5642.90	5657.10	6516.80	6533.20
1 Dollar	1248.43	1251.57	1423.21	1426.79
100 französische Franc	10037.40	10062.60	11186.05	11163.95
1 brasilianischer Milreis	165.79	166.21	189.70	190.24
100 Schweizer Franc	23970.—	24030.—	27215.90	27284.10
100 spanische Pesetas	19425.65	19474.35	22172.25	22227.75
100 österr. Kronen (abgefl.)	1.73	1.77	1.88	1.92
100 tschechische Kronen	4544.30	4555.70	5118.55	5131.45
100 ungarische Kronen	51.93	52.07	62.92	63.08
100 bulgarische Leva	749.05	750.95	843.00	846.10

100 Polentamarz galten gestern etwa 17,50 M.



# 11. Verbandstag der Transportarbeiter.

## 4. Verhandlungstag.

Berlin, den 6. September.

Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr von Drimann eröffnet. Döring berichtet über Verhandlungen mit der Hausangestelltenorganisation. Nach kurzer Diskussion stimmte der Verbandstag dem Vorschlag zu, auf Grund der vorausgegangenen Beratungen zwischen dem Vorstand des ADGB und den Vorständen der Transport- und Hausangestelltenverbände ein Kartellverhältnis zu schaffen.

Ferner fand eine Vereinbarung einhellige Zustimmung, noch der die aus der Verbandszugehörigkeit resultierenden Ansprüche der nach Dänemark überhebenden Mitglieder des Verbandes sichergestellt werden.

München berichtet über die fakultative Haftpflicht- und Rechtschutzunterstützung des Verbandes. Diese hat den Zweck, den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich über die Grenzen des Verbandstatuts hinaus gegen Berufungsgefahren zu schützen sowie in zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten Rechtsbeistand zu sichern. Nach dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses sollen dementsprechend auch die Beiträge und die Unterstützungssätze geändert werden. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden angenommen.

Hierauf referierte Döring über die internationalen Kongresse

in Kristiania und Genf. Auf dem Kongress in Kristiania waren 2021 490 Mitglieder der Delegationen vertreten und es wurden Beschlüsse gefasst, die den einmütigen Willen bekundeten, die internationalen Beziehungen, die durch den Krieg zum Teil zerstückelt waren, wieder aufzunehmen und fester zu knüpfen. Ueber die Durchführung des gegen Ungarn beschlossenen Boykotts und dessen Wirkung gab der Redner interessante Aufschlüsse, aus denen hervorging, daß der Boykott der ungarischen Regierung sehr fühlbar geworden ist und daß diese inoffiziell versucht hat, die Aufhebung zu erlangen.

Der Kongress in Genf hatte eine noch etwas stärkere Beteiligung aufzuweisen. Auch hier kam die Solidarität der internationalen Arbeiterschaft in der Aussprache und den Beschlüssen voll zum Ausdruck.

In der sich hier anschließenden Diskussion bemängelte Thälmann-Hamburg die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften bei der Durchführung der Boykottbewegung und hob den „revolutionären Geist der Kommunisten“ hervor.

Mundt-Danzig teilte mit, daß die Arbeiterschaft von Danzig in Gemeinschaft mit den Christen mit aller Entschiedenheit und zunächst auch mit gutem Erfolg für die Durchführung des Boykotts gewirkt, so daß die mit Waffen und Munition beladenen Schiffe ihre Ladung nicht löschen konnten. Der Tageslohn betrug damals etwa 50 M. Daraus entschlossen sich die an der Woffendung beteiligten Kapitalisten, den Lohn zu verdoppeln, sie boten 100 M.

In hellen Haufen liefen nun die Kommunisten nach den Schiffen, um beim Ausladen zu helfen. Vergeblich bemühte ich mich, sie davon abzuhalten. Ich ging zur KPD-Zentrale, teilte den Vorgang dort mit und erhielt auf meine Frage, was nun zu tun sei, die Antwort: „Geh doch auch arbeiten!“ (Lebhaftes „Psst!“ und große Umrufe. Zarufe: „Das ist der revolutionäre kommunistische Geist!“)

Um 1 Uhr nachmittags trat eine Mittagspause ein. Nach der Mittagspause referierte Paufe-Berlin über den 11. Deutschen Gewerkschaftskongress.

Es folgte dann ein Referat des Vorstandsmitgliedes Reichstagsabgeordneten Bender über: „Wirtschaftskämpfe und Gewerkschaftstaktik“.

In seinen Ausführungen nannte der Redner unsere wirtschaftliche Lage eine fast trostlose. Durch die Nachwehen des Krieges sei das Lebensglück der jetzigen und kommenden Generation vernichtet. Es scheint, als ob die Menschheit in ihren Urzustand zurückfalle. Auf der einen Seite Mangel an Ware, auf der anderen brachliegende Arbeitskräfte. Einerseits immer höhere Profite, andererseits stetig steigendes Elend. Die ungeheure Teuerung eile den Lohnzulagen stets voraus.

Mehr als je müsse die Gewerkschaft deshalb bestrebt sein, die Rechte des Arbeiters rückstandslos zu wahren, die Errungenschaften der Revolution zu hüten, zu festigen und an ihrem weiteren Ausbau zu arbeiten. Der Abschluß von Tarifverträgen

werde auch weiterhin eine zwingende Notwendigkeit sein. Schließlich werde nichts anderes übrig bleiben, als dem Kapitalismus selbst zu Leibe zu gehen.

Das so oft angefeindete Betriebsrätegesetz bilde eine Etappe auf dem Wege zur Sozialisierung, es solle die Arbeiter für die Übernahme der Produktion schulen. Mit Gewaltanwendung lasse sich die heutige Gesellschaftsordnung nicht ändern. Diese würde nur einen Trümmerhaufen schaffen, wie ihn die russische Wirtschaft aufweise. Den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß der Ruf: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ zur Tat werde, müsse die Aufgabe aller Kämpfer sein, damit werden wir zur Verwirklichung des Sozialismus kommen. (Lebhafte Beifall.)

Um 7 Uhr wurden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

# 26. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Karlsruhe, den 4. September.

## 2. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Montagssitzung behandelte Ministerialrat Dr. Schulz (Reichsarbeitsministerium) die Probleme beim Umbau der Sozialversicherung. Bei den jetzt ständig notwendigen Änderungen in der Sozialversicherung müsse das Ministerium in enger Fühlung mit den Krankenkassen stehen. Der Umbau darf nicht plötzlich, sondern muß behutsam vorgenommen werden. Es muß organisch gearbeitet werden, bis wir eines Tages eine neue Reichsversicherungsordnung haben; die Versicherten und die Ärzte müssen beigezogen werden. Am Grundlag der Versicherung muß im wesentlichen festgehalten werden. Doppelversicherung (Angestellten- und Invalidenversicherung) ist unhaltbar. Die Personentreife für die Krankenversicherung müssen klar abgegrenzt werden und auch für die Sozialversicherung gelten. Der Begriff des Arbeiters und Angestellten muß scharf präzisiert werden. Eine erhebliche Ausdehnung der Leistungen der Krankenversicherung hängt mit dem Wohlstand unseres Volkes zusammen. Als Muster müssen wir uns das Reichsversicherungsrecht nehmen. Bei den unehelichen Kindern und Pflegekindern müssen wir weitherziger sein als bisher. Am Sache ist Vereinheitlichung der Rechtsstellungen der Krankenkassen, um Einfall und Laune einzelner Kassen zu vermeiden. Die Lohnstufen für die Invaliden- und Angestelltenversicherung müssen einheitlich gemacht werden. Die Stufen für die Invaliden- und Angestelltenversicherung müssen auch für die Krankenversicherung gelten. In übertragendem Sinne muß man die Sachleistungen stärker betonen; im übrigen aber können wir uns nicht aus der Selbstverwaltung lösen.

Die Heilanstalten müssen wir weiter ausbauen. Ebenso muß die Unterbringung der Waisen gefördert werden. Die Grenze der Selbstverwaltung liegt da, wo es unmöglich ist, die volle Verantwortung zu tragen. Die behördliche Aufsicht darf nicht zu sehr eingeeignet werden; soll gegenüber den großen Verbänden jedoch nur dann angemendet werden, wenn ernsthafte Ursache zum Einschreiten besteht. Hierbei kann man die Maximen zurunde legen, wie sie in Süddeutschland herrschen. Die Arbeiter können bei den Berufsgenossenschaften mit Recht verlangen, daß sie bei der Krankenfestsetzung und auch bei der Verwaltung mit den Unternehmern gleichberechtigt mitarbeiten. Ich halte es für berechtigt, daß bei der Krankenversicherung Arbeiter und Arbeitgeber gleichberechtigt in der Verwaltung mitarbeiten. (Widerpruch.) Wir brauchen die Köpfe der Unternehmer in der Verwaltung. Unsere Krankenversicherung kann auf politischem Boden niemals den Unterbau für die gesamte Sozialversicherung abgeben. (Unruhe.) Ich bin kein Politiker; doch halte ich

### Die Mitwirkung der Unternehmer

für nötig. Das Nebeneinander der verschiedenen Kassen kann nicht weiter bestehen. Mit den heutigen Grenzen kann man nicht weiter wirtschaften. Notwendig ist das Kontrollrecht der Krankenkassen über die Listen der Betriebe. Die Unfallversicherung muß als besonderer Zweig der Sozialversicherung erhalten bleiben; ihre Aushebung würde ein Aufleben der Schadenerschaftspraxis bringen. Um eine Erörterung des Zusammenlegens der Berufsgenossenschaften kommt man nicht herum. In der Beitragsverteilung müssen wir zu einer gewissen vereinfachten Vereinheitlichung kommen. Die Frage der Einheitsmarke scheint mir nicht spruchreif.

Verwaltungsdirektor Cohn-Berlin referierte über Zentralisation der Krankenversicherung, wobei er die Unwirtschaftlichkeit der Zerstückelung in zahllose kleine Kassen hervorhob. In Wirk-

lichkeit führten politische Gründe zur Gründung der Landkrankenassen.

### Die Betriebskrankenkassen

waren eine Forderung der Unternehmer. Es mag zutreffen, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber die Landkrankenassen wünschen; für die landwirtschaftlichen Arbeiter bezweifle ich dies. Es geht auch ohne Landkrankenassen, wie viele Teile Deutschlands beweisen. Die Betriebskrankenkassen sind oft nicht leistungsfähig und für ihre Mitglieder eine gesundheitliche Gefahr; bei Geschlechtskrankheiten und chronischen Leiden hütet sich der Arbeiter, die Kasse in Anspruch zu nehmen, um nicht entlassen zu werden. Die Arbeiter sind bei diesen Kassen nur Dekoration. Die Verwaltung liegt in den Händen des Unternehmers, ebenso ist es im Betriebskrankenkassenverband. Auf dem Betriebskrankenkassentag in Kassel wollten die Arbeiter mitwirken, wurden aber so behandelt, daß sämtliche 150 Arbeiter unter Protest die Tagung verließen. Trotzdem berichteten die Betriebskrankenkassen von einem harmonischen Verlauf; sie sind, von wenigen abgesehen, fortschrittshemmend und schädigen die Mitglieder. Der Redner wendet sich weiter scharf gegen die vielen leistungsfähigen Innungs- und Ortskrankenkassen.

Geschäftsführer Lehmann-Dresden berichtete über den Ausbau der Krankenpflege, insbesondere der ärztlichen Versorgung. Wir brauchen die Mitarbeit der Ärzteschaft. Der Kampf zwischen Kassen und Krankenkassen wird auch in Zukunft zu einer stehenden Einrichtung, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift. Es ist unmöglich, die materiellen Forderungen der Ärzte zu erfüllen. Die Steigerung der Arzthonorare hat gleichen Schritt gehalten mit den Steigerungen der Kasseneinnahmen; d. h. die Kassen haben ihnen wie früher soviel als möglich zur Verfügung gestellt, mehr können sie nicht zur Verfügung stellen, als sie übrig haben. Die Schuld liegt an der

### Überfüllung des Ärztestandes.

Das heutige System der ärztlichen Fürsorge ist verfehlt. Wir kommen mit der gegenwärtigen Beschneidung nicht aus. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist ein Ausweg nötig. Wir müssen deshalb die Krankenversicherung den veränderten Verhältnissen anpassen.

Direktor Eilenthuth-Köln behandelte die Familienhilfe und Kinderfürsorge. Wegen der hohen Kosten war eine gesetzliche Festlegung der Familienhilfe bisher nicht zu erreichen. Für linderreiche Familien ist die Tragung der Krankheitskosten unmöglich, Volltagelohn und Volkstrakt dadurch, insbesondere bei Volkseleuten, schwer gefährdet. Reich, Länder und Gemeinden müssen an den Kosten teilstreimen. An Stelle von Vorleistungen müßten Sachleistungen treten können. Der dunkelste Punkt ist die gesundheitliche Schädigung der Jugend.

In der Aussprache erklärt Vorsitzender Feilborth, daß Ministerialrat Dr. Schulz nur seine persönlichen Auffassungen vortrug. Er hat Auffassungen geäußert, die den Berufsgenossenschaften nicht gefallen; auch solche, die uns nicht passen. Die Ansichten von Schulz sind uns kein Evangelium. Wir behalten demgegenüber unsere Grundzüge und unsere Taktik bei.

Landtagsabgeordneter Schölich-Breslau findet in den Darlegungen Dr. Schulz den Geist des Bürokratismus, behauptet, daß das Reichsarbeitsministerium keinen Vertreter zur Tagung sandte und tritt für die Selbstverwaltung ein, die beste Folge zeitigte. — Stadtrat Kahl-Köln (Arbeitgebervertreter) erklärt, daß das Zusammenarbeiten gedehlich ist und wendet sich gegen eine Halbierung der Beiträge. Die Innungskassen arbeiten billiger als die anderen Kassen. Der Wunsch der Gewerbetreibenden nach eigenen Kassen ist daher begründet.

In seinem Schlusswort betont Ministerialrat Dr. Schulz-Beckin nochmals, daß er eigene Auffassungen vertrat und mit seinen Vorschlägen das Wohl der Krankenversicherung im Auge hatte. Ohne partiellische Befassung kommen wir nicht weiter. Ich bin kein Feind der Selbstverwaltung. Ich will sie jedoch nur Verbänden übertragen, die der Aufgabe gewachsen sind.

Die Vorstandsarbeiten zur Reform der Reichsversicherungsordnung werden einstimmig angenommen, ebenso die Vorstandsarbeiten zur Kräftefrage, wonach der Ortskrankenkassentag von der Gesetzgebung vor allem gefördert; Befreiung des Zwanges, freie ärztliche Behandlung und Arznei ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten zu gewähren; die Krankenkassen sollen grundsätzlich nur zu Sachleistungen verpflichtet, jedoch gehalten sein — soweit es sie nicht mehr belastet —, durch Satzungsbestimmungen Sachleistungen der Krankenpflege im Umfange des ärztlichen Bedürfnisses und der Leistungsfähigkeit beizubehalten oder einzuführen.

Weiterberatung Dienstag.

# Winkelhausen

die deutsche Weinbrandmarke

## Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen gefertigt.					
Schlüpfer aus blauem Flauschstoff, sehr billig M.	4200	Jackett-Anzüge viele einzelne Anzüge in hell u. mittler. Farben M.	4500	Burschen-Ülster- und Schlüpfer Gr. 7-12, in den neuesten Modellen und modernsten Fasern Gr. 7 von M.	2400
Ülster aus blauem feinen Paletstoff, zweifach mit Quat. . . . . M.	5300	Jackett-Anzüge aus Diagonal-, Honig- und anderem Stoffen und blauem Cheviot, modern verarbeitet M. 8000, 7500.	6000	Knaben-Ülster ein großer Posten einzelner Sachen in den Größen 1-6, anlangend Gr. 1 . . . . . von M.	975
Schlüpfer aus Homespun- und Ortensstoffen, modern verarbeitet . . . . . M.	6500	Jackett-Anzüge besserer Qualität in moderneren Stoffen u. Farbestellungen und vorzüglicher Verarbeitung . . . . . von M.	9000	Knaben-Pyjamas aus blauem leinen Cheviot und Tuch, anlangend Gr. 1 . . . . . von M.	380
Palettois ein- und zweifach aus marengo und schwarzem Eskimo und Wintercheviot in bester Verarbeitung . . . . . von M.	7300	Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, aus besten dunklen und mittelartigen Stoffen in erstklassiger Verarbeitung und Ausführung . . . . . von M.	12000	Jünglings-Anzüge Jackett- u. Sportform, in allen möglichen Stoffen, Must. u. Preislagen, Gr. 33 anlangend mit M.	2500
Schlüpfer und Raglans aus Flausch-, Diagonal- und Fischgrätenstoffen in sehr guter Qualität . . . . . von M.	8000	Winterjoppen aus besten Stoffen, in Sport- und glatter Form, außerordentlich billig . . . . . M.	1400	Burschen-Anzüge Jackett- u. Sportform, ganz gefüttert, in großer Auswahl, Gr. 7 anlangend mit M.	1100
Ülster der neuesten Mode mit Falten und Rückengurt aus nur prima Stoffen aller Art und jeglicher Farbestellung . . . . . von M.	8000	Winterjoppen Interimsform, aus schwerem dunklen Stoff und warm gefüttert . . . . . M.	1800	Knaben-Anzüge in Schlüpfer, Sport- u. gut. Stoffen u. in allen Preislagen, Gr. 1 anlangend, mit M.	790
Rodpalettois aus Homespun und Fischgrät, Biedermeierform . . . . . M.	9100	Winterjoppen aus bestem Lodenstoff in all. gangbaren Farben v. M.	2500	Herrn-Hosen aus dunkel gestreiftem Burkin . . . . . M.	850
Schlüpfer, Ülster, Raglans Ersatz für Maß, aus Stoffen in bester Qualität in den verschiedenartigsten Farbestellungen und in bester Ausführung . . . . . von M.	11600	Gummimäntel, Lodenmäntel, Pelerinen in großer Auswahl in allen Preislagen!		Herrn-Hosen aus halb. Stoffen in schönem Streifenmuster, M. 1200, 1000, aus bestem Cheviot und Kammergarn in dunklen und hellen breiten Streifen M.	900 1250

Gef- und Sportpelze edelster Art  
Modernste Kasenfertigung - Verwendung bester Stoffe und Zutaten - Sehr müßige Preise.

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Angebote  
treibend  
Verkauf rationiert

Der Versand nach  
außerhalb erfolgt in  
der Reihenfolge der  
Auftragseingänge







## Die Jagd nach der Valuta.

Der Reichswirtschaftsminister über die Preistreibeerei.

Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft begann am Mittwoch keine Besprechungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Beratungen wurden durch eine ausführliche Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt eingeleitet. Er verwies u. a. darauf, daß die Arbeitslosigkeit augenblicklich so gering sei wie kaum jemals zuvor, daß sogar in einigen Berufen, so z. B. im Bergbau, ein Mangel an Arbeitskräften bestände. Nach Erläuterung der allgemeinen Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben wandte sich der Reichswirtschaftsminister gegen die immer mehr überhand nehmende Falschrechnung in ausländischer Valuta, auch bei Erzeugnissen aus rein inländischen Rohstoffen. Diese Erscheinung sei eine Folge des enormen Fallens der Mark, durch die der Groß- und Kleinhandel sich veranlaßt sehen, sich mit Devisen einzudecken. Es wolle sich also ein ähnlicher Vorgang wie in Oesterreich, der dort zur vollständigen Zerrüttung der Währung geführt habe. Sollte es dahin kommen, daß auch Löhne und Gehälter in ausländischer Währung festgesetzt würden, so ergäbe sich ein Zustand, der über die fürchterlichen Verhältnisse der zu ganz unleidlichen Zuständen führen müßte. Es sei zweifellos unberechtigt, wenn inländische Erzeugnisse in Preise mit dem Dollar steigen. So wäre z. B. der Weizenpreis an der Berliner Börse in einer Zeit von acht Wochen um rund über 2000 Mark gestiegen. Ebenfalls sei das Steigen der Preise für Kartoffeln, Butter und Milch berechtigt. Dasselbe Erscheinung zeige sich in der Industrie. Gießereierzeugnisse sei um des 32fachen, andere Sorten um das 30fache gestiegen, also über den Stand des Dollars hinaus. Dabei sei eine neue Steigerung wegen Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht. Der Röhrenpreis habe im Juni 84 Mark betragen, am 7. August 124 Mark, am 21. August 171 Mark, jetzt 295 Mark. — unmaßelhaft das Tausendfache des Friedenspreises, während der Baumwollpreis nur auf das 600- bis 700fache hinausgegangen sei. In diesem Zusammenhang erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß er den zuständigen Ressorts seines Ministeriums Auftrag gegeben habe, zu prüfen, ob gegen das Rohgarnsgeld nicht wegen Wunders vorgehen sei.

Eingehend beschäftigte sich Schmidt dann mit der Gefahr der weiteren Verteuerung des Druckpapiers. Der Kilopreis würde von 28 auf etwa 84 Mark erhöht werden, so daß

ein großer Teil der Zeitungen bald das Erscheinen einstellen müßte. Schon heute hätten viele Schichten der Bürger- und der Arbeiterkreise die Zeitungen abbestellt. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen ganz wesentlich verschärft hätten. Angesichts dieser Verhältnisse dränge sich die Frage auf, ob nicht im Interesse der Presse für das Druckpapier eine teilweise oder vollständige Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden soll. Zur Behebung der Not der Presse sieht Genosse Schmidt keinen anderen Ausweg, als die Bildung eines Zwangshandels.

Der deutsche Außenhandel, so fuhr der Minister fort, ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1914 sehr erheblich zurückgegangen, die Einfuhr etwa die Hälfte, die Ausfuhr auf ein Drittel. Die Entwicklung auf dem Rohstoffmarkt hat die schlimmsten Befürchtungen übertraffen. Wenn es nicht gelingt, zu einer höheren Kohlenförderung zu kommen, steht insbesondere die Arbeiterklasse vor einschneidenden Folgen. Diese Verhältnisse können nur behoben werden, wenn wir im Verbau zu größeren Leistungen kommen, sei es technisch, sei es durch größere Ubersichten. Die Kohlenfrage ist für die ganze Wirtschaft verzweiflungsvoll, wenn in der Arbeiterschaft nicht mehr Verständnis wie bisher für die Notlage Platz greift und die unvernünftige und unverständliche Axtation der Kommunisten aufhört. Ohne die Mehrzeugung der Braunkohle ist unsere Lage noch schlimmer. — Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Erfolge auf dem Gebiete der Preisbildung nur zu erzielen sind, wenn wir neben den zu ergreifenden Maßnahmen zu einer Besserung unserer Währung kommen.

### Valutapreise auch auf der Breslauer Messe.

Auch auf der Breslauer Messe macht sich, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, sehr stark die Neigung bemerkbar, Preise in hochwertiger Währung festzusetzen. Industrie und Großhandel sind an diesen Bestrebungen in gleicher Weise beteiligt. Die Erbitterung, die über diese Preisgabe herrscht, überträgt sich auch auf die Arbeiterschaft. In den Reihen unserer Parteigenossen weist man darauf hin, die Entwicklung müsse dort enden, daß sich die Arbeiter ebenfalls nur noch in ausländischer Währung bezahlen lassen. Das aber wäre das Ende der Reichswährung und des Reiches selber. Ein rückwärtsgerichtetes Durcheinander gegen die Preisbildung in fremder Währung, die übrigens bereits seit längerem gefehlt ist, scheint also dringend notwendig.

## Die Verhandlungen mit Polen.

Am Dienstag trafen in Dresden der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Ministerialdirektor v. Stockhammer, und der Vorsitzende der polnischen Delegation, Minister v. Dyzowski, ein. Beide hatten alsbald nach der Ankunft eine Besprechung über das Programm der Arbeiten, die am Mittwoch begannen.

## Tumultschäden in Oberschlesien.

### Beschleunigte Behandlung der Abgeltungsanträge.

In einer Verfügung des Ministers des Innern vom 30. August an die Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten in Charlottenburg sowie die Stadt- und Landräte wird um beschleunigte Behandlung etwa dort eingehender Schadensanträge geschädigter Oberschlesier ersucht. Solche Anträge sind nicht mehr dem Minister des Innern vorzulegen, sondern ungehäumt den in den Ausführungsbestimmungen des Reichsministers für Wiederaufbau vom 10. August genannten Stellen zuzuleiten. Die vor dem 10. Februar 1920 durch innere Unruhen entstandenen Schäden werden als Tumultschäden zu behandeln sein.

Den Ausführungsbestimmungen des Reichsministers für Wiederaufbau entnehmen wir folgendes:

Die bis zum 2. August d. J. bei dem Reichskommissar für die Ermittlung der ober-schlesischen Tumultschäden in Doppelanträgen Schadensfälle werden von ihm weiter bearbeitet, und zwar grundsätzlich ohne Vorprüfung. Sofern in diesen Fällen eine vergleichsweise Regelung durch den Reichskommissar nicht erzielt werden kann, ersucht ihre Abgabe an die zuständige Vorprüfstelle zwecks Erledigung im ordentlichen Entscheidungsvorgang. — Im übrigen sind die ober-schlesischen Fälle bei der zuständigen Vorprüfstelle zu bearbeiten. Soweit Vorprüfstellen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier noch nicht errichtet sind, erfolgt die Anmeldung für solche Geschädigten, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Ober- oder Niederschlesien haben, bei den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier in Breslau, Neue Taschenstr. 10, für die übrigen Geschädigten bei der Geschädigtenstelle dieser Vereinigten Verbände in Berlin, Schloß Bellevue. Die bisher bei anderen Interessensvertretungen eingehenden ober-schlesischen Schadensfälle sind an die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier unverzüglich abzugeben.

Max Höp, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte kommunistische Bordenführer, wurde aus der Strafanstalt Münster, wo er in den Sommer gefahren ist, in die Breslauer Strafanstalt

## Das Geheimnis von Oberkassel.

Vom Rhein, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Untersuchung in der Oberkasseler Mordtatsache durch die deutschen Behörden haben die belgischen Behörden von Anfang an erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Man vermutete darauf sofort, daß die belgischen Behörden irgendwelche Tatsachen erfahren hätten, die das Gerücht auskommen ließen, der belgische Wachtmeister und der belgische Sergeant seien von belgischen Soldaten und nicht von Deutschen ermordet worden. Es ging sogar das Gerücht um, daß der Wachtmeister zuerst den Sergeanten und dann sich selbst erschossen habe. Nun steht einwandfrei fest, daß belgische Soldaten am Morgen nach der Mordnacht erzählt haben, ein Belgier habe einen anderen erschossen. Die belgischen Verdunkelungsversuche ließen sich nicht anders erklären als dadurch, daß für die Belgier irgend etwas in der Untersuchung sehr unangenehm sein muß. Auf deutscher Seite hofft man bestimmt, daß bis morgen Klarheit geschaffen wird. Bei der heutigen Trauerfeier in Düsseldorf-Oberkassel für die beiden Belgier hatten die Deutschen ihre Beteiligung von der Entfernung verschiedener Kranzschleifen abhängig gemacht, auf denen in französischer Sprache zu lesen stand: „Gefallen für das Vaterland“, „Ermordet durch Deutsche“, „Ermordet durch die Barbaren“. Zum Teil wurden dann auch die Schleifen entfernt, zum Teil durch Umdrehung unkenntlich gemacht, worauf die Vertreter der deutschen Behörden an der Trauerfeier teilnahmen.

Da die Untersuchung der Mordtat in Oberkassel nach kein Ergebnis gehabt hat und die Täter noch nicht ermittelt worden sind, legte die Stadtverwaltung von Düsseldorf neben der vom Regierungspräsidenten ausgefertigten Belohnung von 100 000 Mark noch eine weitere Belohnung von 50 000 Mark aus.

Zur Untersuchung selbst wird noch mitgeteilt, daß die beiden Polizisten, die zuerst verhaftet, dann aber wieder freigelassen waren, von der belgischen Behörde abermals verhaftet worden sind.

## Die preussischen Beamtenbezüge.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Mittwochmorgen mit der Erhöhung der Auszahlungszuschläge für die Beamten. Die Sozialdemokratische Partei betonte energisch, daß die gleichmäßige prozentuale Erhöhung zu unerbittlichen Verschärfungen zwischen den Befehlungen der unteren und oberen Gruppen führe; neue Verhandlungen mit dem Reich müßten einen wesentlichen Teil der für September beschlossenen Erhöhungen in Form der Erhöhung der Kopplungszuschläge gewähren und allen Beamten ein vorläufiger Zuschuß von 5000 Mark ausbezahlt werden. Regierung und bürgerliche Parteien anerkannten die Berechtigung des sozialdemokratischen Standpunktes, blickten ihm aber entgegen, daß das Reich von seinem Recht der Sperrung der Gelder Gebrauch machen werde, wenn die Vorlage in Preußen nicht angenommen würde. Der sozialdemokratische Antrag im obigen Sinne wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und danach die Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

### Geheimerlasse.

Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß die Geheimhaltung von Verfügungen nur dann noch vorgeschrieben werden soll, wo zwingende Gründe des Staatswohles es verlangen. Die bloße Befürchtung, daß Maßnahmen der Verwaltung in der Öffentlichkeit oder in einem bestimmten Personenkreise angegriffen werden oder Aufsehen erregen könnten, soll nicht dazu führen, ein Schriftstück als geheim zu bezeichnen. Für die Verwaltungen soll leitender Grundgedanke sein, daß sie Anordnungen, die sie für notwendig hält, zu vertreten und eine Kritik ihrer Tätigkeit nicht zu scheuen hat.

## „Revolutionäre Brieffschreiberei.“

Die „Kontrollkommission der Berliner Betriebsräte“, jenes bekannte neue Kollisionsfeld der Kommunisten, hat bekanntlich zur Vorbereitung der „Kontrolle der Produktion“ an das preussische Ministerium des Innern einen Brief gerichtet, in dem für Kontrollkommissionen „außerordentliche Vollmachten“ gefordert werden.

Auf den Brief der Kontrollkommission hat das preussische Ministerium des Innern am 5. September geantwortet. Die Antwort weist darauf hin, daß von der Reichs- und Staatsregierung bereits energische Maßnahmen zur Besserung der Ein- und Ausfuhrverhältnisse, der Brot-, Kartoffel-, Fett-, Fisch- und Zuckererzeugung in die Wege geleitet worden seien. Die Preussische Staatsregierung habe dann durch wichtige Bestimmungen den Kampf gegen die wucherische Ausbeutung der Bevölkerung, gegen das Ueberhandnehmen von Schanzstädten und gegen die Schlemmerei aufgenommen. Das Preussische Staatsministerium habe beschlossen, im Benehmen mit der Reichsregierung die bessere Ausbildung des Preisprüfungsstellenwesens in die Wege zu leiten. Ferner werde an der Durchführung von Volks-, namentlich von Kinder- und Schulspendungen gearbeitet.

„Wenn die Eingabe der Kontrollkommission,“ so schließt die Antwort des Ministers des Innern, die Uebertragung der Nachprüfungen, Beschlagnahmen, Verläufe beschlagnahmter Waren an diese Kommission anregt, so kann die Staatsregierung ihr auf diesem Wege nicht folgen. Sie muß vielmehr ausschlaggebendes Gewicht auf die Befassung der Zuständigkeit zu allen diesen Eingriffen in der Hand der Staats- und Gemeindebehörden legen. Das Ziel kann dabei allein darauf gerichtet sein, eine enge Fühlungnahme dieser Behörden mit der Bevölkerung, insbesondere auch mit den Verbrauchern, zu beschaffen. Es würde deshalb sehr dankenswert sein, wenn die Berliner Betriebsräte die Behörden bei der Durchführung der bereits getroffenen und noch vorgesehenen Maßnahmen auch in ihren Kreisen unterstützen wollten.“

## Neue Währung für Danzig?

Genf, 6. September. (G.P.) Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat in seiner gestrigen Sitzung verschiedene Wege zur Sanierung der Finanzen der freien Stadt Danzig in Aussicht genommen. Es ist zu der Ansicht gekommen, daß die Frage ohne Ersetzung der deutschen Mark durch eine gesunde Währung nicht gelöst werden könne, und daß diese Reform unmöglich ist, wenn man der freien Stadt nicht gewisse Erleichterungen gewährt. Deshalb hält es das Komitee für wünschenswert, daß die Reparationskommission möglichst bald prüft, ob sie der freien Stadt einen Zuschuß für die Kosten gewähren kann, die aus der Uebertragung des Besitzes des Deutschen Reiches entstanden sind. Weiter wird für wünschenswert erklärt, daß die Verteilungskommission für die ehemaligen Staatsbürger unverzüglich ihre Arbeiten zu Ende führen und sich über die Zuteilung der Danziger Wertanlagen und der Eisenbahnwertpapiere schlüssig wird.

Die Frauenfrage in der Partei. In dem Artikel in der Vornummer vom Mittwoch haben sich einige sinnenstehende Parteimitglieder einig. Es muß es im ständigen Abwärtsschritt heißen „Wärmer“, sondern „Watum“ aber geht man vorüber an den Werken eines Gerhart Hauptmann usw. Am Anfang des ersten Tages der 12. Abtag steht das Wort „Es“.

## Zu Sembats Tod.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand und die Unabgängige Parteileitung haben anlässlich des Todes von Marcel Sembat folgende gemeinsame Telegramm an den Sekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, gerichtet:

„Tiefbetrogt durch Euren neuen schmerzlichen Verlust, übermitteln wir unser herzlichste Beileid im Namen der Deutschen sozialdemokratischen Parteien. gez. W. E. Crippien.“ Die Gattin des verstorbenen Genossen Marcel Sembat tötete sich nach dem plötzlichen Tode ihres Mannes durch einen Revolvererschuss. Sie war unter ihrem Mädchennamen Georgette Agatte als Malerin bekannt.

Das tragische Ende der Frau Sembat erinnert an die Tragödie des Ehepaars Lafargue. Damals gingen beide Gatten, der eben 70 Jahre alt gewordene Parteiführer Paul Lafargue und seine Frau, die Tochter von Karl Marx, gemeinsam freiwillig in den Tod, um sich den Weiden des Alters zu entziehen.

Die Gattin Marcel Sembats war eine begabte Malerin, politisch ist sie nicht hervorgetreten. Beide Ehegatten hatten starke gemeinsame Interessen für alle Fragen künstlerischer und geistiger Kultur. Daß die unglückliche Frau den plötzlichen und unerwarteten Tod des Mannes nicht überleben zu können glaubte, zeigt die tiefe Innigkeit des Verhältnisses, das beide miteinander verband. Die französische Arbeiterbewegung hat mit Sembat nicht nur ihren geistvollsten Politiker verloren, mit ihm und seiner Frau sind auch zwei Menschen von hohem sittlichen Wert hingegangen.

## Seipel vor dem Völkerbund.

Genf, 6. September. (G.P.) Präsident da Gama eröffnete die heutige Nachmittags-Sitzung des Völkerbundes um 4.10 Uhr. Nach einigen Begrüßungsworten erteilte der Präsident dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel das Wort zu einem Exposé über die Finanzlage Oesterreichs. Seipel, der sich der deutschen Sprache bediente, erinnerte zunächst an die Rolle, welche die österreichische Friedensfrage in der Völkerbewegung während des Krieges gespielt habe. Heute kommt Oesterreich als Bittender zum Völkerbund, nicht allein um Kredit zu fordern, sondern auch um dem Völkerbund Gelegenheit zu geben, den europäischen Frieden zu befestigen. In der Tat dürfe der Völkerbund im Sinne seiner hohen Ideale ein altes Kulturzentrum nicht zugrunde gehen lassen. Der Kanzler gebrauchte bei seinen Ausführungen das Wort, daß die Selbsthilfe Oesterreichs vom Ausland sabotiert worden sei. Er warf sodann die Frage auf, ob Oesterreich lebensfähig sei und verneinte dies, falls Oesterreich weiterhin lediglich auf sich selbst gestellt bleibe. Oesterreich könne nur lebensfähig werden, wenn es aus dem System der jetzt herrschenden Bewachungsmaßnahmen zwischen den Nachbarstaaten herausgeführt werde. Die Ausführungen des Kanzlers gipfelten in der Erklärung, daß Oesterreich gewillt sei, eine internationale Finanzkontrolle über Oesterreich anzunehmen, wenn eine solche vom Völkerbund als Gegenleistung für die Garantien einzelner oder aller Mächte für einen Kredit in Oesterreich verlangt werden sollte. Diese Kontrolle sei, sagte Seipel, unvermeidlich, doch dürfe die Art der Kontrolle nicht demütigend sein und die Souveränität des österreichischen Staates nicht angetastet werden. Der Kanzler erklärte sich einverstanden mit der internationalen Finanzkontrolle, die sofort wirksam werde, allerdings unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig auch wirklich die Kreditgewährung erfolge. Der Schluß der Rede war die Erklärung, das österreichische Volk werde, ehe es zugrunde gehe, alles tun, um die Schranken zu brechen, die es gegenwärtig in seiner Existenz bedrohen. Nach den Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers wurde die Sitzung abgebrochen und die Öffentlichkeit der Verhandlungen des Völkerbundes aus geschlossen.

### Ausführungen über Oesterreich.

Die Mitglieder des Rates stellten in der geheimen Sitzung an den Bundeskanzler und den Außenminister Grünberger verschiedene Fragen, worauf sich der Rat über das einschlägige Untersuchungsverfahren einigte. Er legte zu, daß das Problem sowohl unter politischen wie auch unter wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten geprüft werden soll, auch im Hinblick auf die innere Ordnung in Oesterreich. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuss gebildet, dem ein Vertreter Oesterreichs, Englands und Frankreichs, sowie Italiens und der Tschechoslowakei angehören. Dieser Ausschuss soll verpflichtet sein, auch die Vertreter anderer Staaten zu hören, soweit sie an der zu behandelnden Frage interessiert sind. Außer dem stehen dem Ausschuss die Völkerbundsorganisationen sowie die wirtschaftlichen, finanziellen und juristischen Sachverständigen zur Verfügung. Der Ausschuss wird seine erste Sitzung am nächsten Freitag abhalten.

## Griechischer Widerstand?

Aus Athen wird gemeldet, in der Heeresleitung der griechischen Besatzungsarmee seien Veränderungen vollzogen worden, von denen man eine günstige Wirkung erwarte. Die griechische Regierung habe nie daran gedacht, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Die Nordarmee habe einen feindlichen Angriff abgeschlagen. Diese Nachrichten legen die Vermutung nahe, daß die griechische Regierung die Stadt Smyrna nicht ohne Kampf aufgeben will, um bei der bevorstehenden Verhandlungen wenigstens ein Faustpfand in der Hand zu haben. Es scheint, daß diese Schwankung auf Anraten Englands erfolgt.

Ob allerdings Smyrna zu halten ist, ist eine andere Frage. Die türkischen Truppen sind nunmehr auch längs der Bahnlinie Işık-Smyrna weiter vorgestoßen und haben in raschem Vormarsch Işık erreicht. Die griechische Südararmee hält an derselben Bahnlinie weiter östlich bei Saki, scheint aber durch das türkische Einkreisungsmanöver bei Dedemisch von Süden her bedroht zu sein. Vollezieht sich der türkische Vormarsch weiter mit derselben Schnelligkeit, so gerät die griechische Nordarmee in Gefahr, von Smyrna abgeschnitten zu werden.

Die Ententemächte haben durch den französischen Gesandten in Athen an Griechenland die Aufforderung gerichtet, sich an der Konferenz von Venedig zu beteiligen. Ueber den Tagungsbeginn verlautet noch nichts, jedoch ist anzunehmen, daß die Entente die kleinasiatische Frage angesichts der Ereignisse jetzt etwas weniger lässig behandeln wird.

Wieder ein Heftblatt beschlagnahmt! Die „Niederdeutsche Zeitung“, die seit einigen Monaten von der Deutschen nationalen Partei herausgegeben wird, ist auf Grund eines Artikels „Der Sieger von London und Bayerns Haltung“ von Joseph Stöcking aus München beschlagnahmt worden. Der Stöcking hatte die Reichsregierung eine „Berliner Fikale der Moskauer Sozialregierung“ genannt. Stöcking ist bekanntlich auch Münchener Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ und, wie wir schon früher mitteilten, überhaupt nicht Deutscher, sondern Slawe. Aber dafür darf er deutschnational sein.



# Gewerkschaftsbewegung

## Das volkswirtschaftliche Seminar der Betriebsräteschule.

In der dritten Oktoberwoche (Freitags um 6 Uhr) wird das volkswirtschaftliche Seminar der Betriebsräteschule neu eröffnet. Das Seminar stellt die Oberstufe des volkswirtschaftlichen Lehrplans der Schule dar und ist nur für solche Kollegen bestimmt, deren Zeit und Interesse hinreicht, um sich an einer intensiven, auf längere Dauer berechneten volkswirtschaftlichen Ausbildung zu beteiligen.

Die Teilnahme am Seminar setzt einige Vorkenntnisse, vor allem aber Ausdauer und Willenskraft voraus. Ohne diese Voraussetzungen kann das Seminar seine Aufgabe niemals erfüllen. Sie besteht darin, aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten volkswirtschaftlich geschulte Kräfte heranzuziehen, die geeignet sind, die organisierte Arbeiter- und Angestellten-schaft in ihrem Kampf um eine neue Gestaltung der Wirtschaft wirksam zu unterstützen.

Unter Berücksichtigung dieses Zieles können wir die Befolgung des Seminars nicht dem Zufall anheim geben. Alle Kolleginnen und Kollegen, die Interesse an einer Mitarbeit haben, bitten wir daher, zwecks persönlicher Unterredung das Bureau der Betriebsräteschule, Berlin SO. 16, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1, aufzusuchen. Dies kann während der Büroarbeitsstunden (täglich bis 4 Uhr, Sonnabends bis 1 Uhr) und während der Lehrberatungssprechstunden (Montags und Freitags von 4-7 Uhr) geschehen.

Auch in das arbeitsrechtliche Seminar, für das die gleichen Richtlinien gelten, können noch einige neue Mitarbeiter aufgenommen werden.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

### Krise in den Magistratsbetrieben!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In einer stark besuchten Mitgliederversammlung berichteten Tilemann und Krüger vom Zentralverband der Angestellten über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium, der den über 30 Jahre alten Angestellten eine Erhöhung des Monatslohangebots für August um 900 M. brachte. Sowohl die Referenten, als auch die Diskussionsredner traten einmütig für Ablehnung des Schiedsspruches ein. Ein dahingehender Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Der Zentralverband der Angestellten wird nochmals versuchen, in weiteren Verhandlungen mit dem Magistrat Berlin eine Erhöhung des bisher vorliegenden Angebots für August zu erwirken.

Die Kommunisten glaubten, hier die „Einheitsfront“ herstellen zu müssen. Herr Schumacher erschien als Stadtverordneter, um sich über den „Geist der Versammlung“ zu orientieren, fand jedoch bei den Angestellten nicht allzuviel Gegenliebe. (Dieser Herr Schumacher scheint von der KPD. den besonderen Auftrag zu haben, unter der Maske des Wiedererrnens Uneinigkeit in die Reihen der städtischen Arbeiter und Angestellten hineinzutragen.)

Die Angestellten sehen der Entwicklung der Dinge mit Nahe entgegen und glauben, daß die gesamte Arbeitnehmererschaft sie in ihren berechtigten Forderungen unterstützen wird.

Wir bitten die Angestellten, nur die Parolen der Organisation zu befolgen!

### Der Magistrat stimmt zu.

Der Magistrat teilt mit: Der Magistrat hat den neuen Septemberlöhnen der städtischen Arbeiter zugestimmt, ebenso der sofortigen Zahlung eines Vorzuschusses darauf bis zu 1000 M. im Einzelfalle. Die durch die neuen Gehalts- und Lohnsteigerungen und die sachlichen Mehraufgaben verursachte Anspannung der städtischen Mittel ist jedoch so groß und die bisherigen Zuschüsse und Steueranteile von Reich und Staat so gering, daß der Magistrat von dem zum 1. Oktober fälligen Vierteljahresgehältern voraussichtlich zunächst nur einen Monatsbetrag wird zahlen können.

### Die Reichsarbeiterlöhne nach Ortsklassen.

Die zwischen den Gewerkschaften und der Regierung am 5. September vereinbarten Stundenlohnlöhne betragen für den 24 Jahre alten Arbeiter in den Gruppen I bis VII in

Ortskl.	I	II	III	IV	V	VI	VII
a	55,40	54,10	52,80	51,60	50,50	50,—	49,00
b	54,10	52,80	51,50	50,30	49,20	48,70	48,30
c	52,80	51,50	50,20	49,—	47,90	47,40	47,—
d	51,50	50,20	48,90	47,70	46,60	46,10	45,70
e	50,20	48,90	47,60	46,40	45,30	44,80	44,10

für über 24 Jahre weiblich Beschäftigte in Ortsklasse a 34,70, Ortsklasse b 33,50, Ortsklasse c 32,90, Ortsklasse d 32,—, Ortsklasse e 31,10 M.

### Streik und Aussperrung in der Berliner Mühlenbranche.

Die Zwischenmeister der Mühlenbranche sind am 4. September in den Streik getreten, wodurch die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden sind. Die Ursache des Lohnkampfes ist folgende: Bei den Verhandlungen am 30. August über das Lohnabkommen für

den Monat September wurden von den Fabrikanten den Arbeitern auf die Augustlöhne 60 Proz. Zuschlag bewilligt. Dieses Abkommen ist inzwischen von den Arbeitern angenommen worden. Den Zwischenmeistern wurden auf ihren Akkordtarif 55 Proz. bewilligt. Damit waren dieselben nicht zufrieden; sie verlangten gleichfalls 60 Proz. Obwohl der Manteltarif bis zum 30. September d. J. läuft und Streiks und Aussperrungen während dieser Zeit nicht stattfinden sollen, haben doch die Zwischenmeister sich nicht nach dem Tarifvertrag gelehrt und sind in den Streik getreten. Nach den Berechnungen der Fabrikanten stehen die Zwischenmeister sich bei 55 Proz. immer noch besser als die Arbeiter bei 60 Proz.

Die Arbeiter nahmen zu der Aussperrung am 5. September Stellung und beschloßen folgende Resolution einstimmig: „Die am 5. September 1922 in den „Müllereien“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, tagende Sektionsversammlung der Mühlenbranche nimmt Kenntnis von dem Schreiben der „Vereinigung selbständiger Mülserner und Mühlenmacher“ und erklärt: Da der mit den Fabrikanten und der Vereinigung abgeschlossene Manteltarif erst am 30. September abgelaufen ist, ist die vorgenommene Aussperrung der bei den Mitgliedern der Vereinigung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Tarifbruch.

Die Versammelten erklären daher, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, ehe ihnen nicht die Bezahlung der Streiktage von den einzelnen Arbeitgebern zugesichert ist. Der Vorstand wird beauftragt, das Reichsarbeitsamt zur Vermittlung und zur Belegung der vorgenommenen Aussperrung anzufragen, ebenso auf Grund der Verordnung vom 8. November 1920 über die Stilllegung der Betriebe die erforderlichen Schritte bei dem Demobilisierungskommissar in die Wege zu setzen.“

### Achtung, Zimmerer!

Der am 28. August 1922 vom Bezirkslohnamt gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) angenommen; somit beträgt der Stundenlohn vom 1. bis einschließlich 16. September 68 M. und die Wertzeugschädigung 60 Pf. pro Stunde. Ferner wurde vereinbart, daß der Urlaub für 1922 nunmehr in Kraft tritt.

### Etwas mehr Selbstkritik!

Der Vorstand der Zählstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer übermittelt uns gleichzeitig mit vorstehender Mitteilung drei Resolutionen. In der ersten wird gegen die Strangulierung der Pressefreiheit protestiert, in der zweiten werden die Vorschläge der Betriebsräteversammlung, die die Kommunisten als solche fälschlich ausgeben, gebilligt, in der dritten wird u. a. folgendes gesagt:

„Es läßt sich bei der kolossalen Verelendung der gesamten Arbeiterschaft in der Jetztzeit der Gedanke nicht mehr zurückdrängen, daß die Führer der berufensten Instanzen direkte Gegner der Arbeiterschaft sind und weit eher als Vertreter des Kapitals angesehen werden müssen, wenn sie diesen (zehn) Forderungen nicht sofort Nachdruck verleihen.“

So stellen sich die Kommunisten die Einheitsfront vor! Sie beschimpfen die verantwortlichen, gewählten Vertreter der Gewerkschaften „Gegner der Arbeiterschaft“, denunzieren sie als „Vertreter des Kapitals“ und fordern gleichzeitig, daß die so Gebrautmarkten die Arbeiter in den Kampf führen. Sie suchen sich also Gegner und Vertreter zu Führern aus. Und wenn die Massen schließlich ob dieser selbstmörderischen Dolchstoßtaktik kopfscheu werden, dann sind natürlich die „Führer“ schuld.

Welchen Sinn haben solche Resolutionen? Die Metallarbeiter hätten wahrscheinlich noch viel radikalere Resolutionen angenommen. Als sie aber in der Urabstimmung über den Streik beschließen sollten, da war großes Schwanken. Nachträglich kann man ja über die „verräterischen Führer“ desto lauter schimpfen.

Es ist höchste Zeit, daß mit diesem gemeingefährlichen Blödsinn Schluss gemacht wird. Etwas weniger Kritik und etwas mehr Selbstkritik, Genossen!

### Achtung, Bauarbeiter!

Sämtliche der Zählstelle Berlin, des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands“ angehörende Gruppen: Marmorarbeiter, Werksteingruppe (Quarsteinmeße), Grabsteingeschäfte und Steinbildhauer, zirka 900 Mitglieder, befinden sich wegen Lohnunterschieden im Streik, bezw. Aussperrung. Alle Kollegen, welche nicht im Besitze der graugrünen Berechtigungskarte sind, müssen als Streikbrecher betrachtet werden. Wir erwarten von der gesamten organisierten Arbeiterschaft weitgehendste Solidarität. Im besonderen von den Bauarbeitergruppen Verweigerung der Weiterführung sämtlicher von obigen Gruppen angefangener oder sonst von uns bisher ausgeführten Arbeiten. Die Ortsverwaltung.

### Achtung, Streik in einer Gummiabrik!

Bei der Firma Körtling Söhne, Steglitz, Ahornstr. 6, hat die Arbeiterschaft auf Aufforderung der Organisation wegen Nichtzahlung der tariflichen Löhne und fortgesetzter Nachregelung einzelner Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Trotdem Herr Körtling Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, hat er sich niemals an die Abmachungen desselben gehalten. Der Betrieb gilt als gesperrt! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Zugang ist streng fernzuhalten. Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

### Hungerlöhne in der Metallindustrie.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Unter dieser Ueberschrift erschien am Mittwoch, den 30. August, im „Vorwärts“ eine Notiz. Hieraus erhielten wir ein Schreiben von den Dürrtopp-Werken mit einer Berichtigung, die keine Berichtigung ist. In dem Begleitschreiben werden wir aufgefordert, bis Sonnabend diese Mitteilungen an die Zeitung zu geben, unter Androhung strafrechtlichen Vorgehens.

Diese Androhung läßt uns absolut kalt. Wir sehen darin lediglich eine Unternehmerfrechheit, wie man sie heute nicht mehr voraussetzen sollte.

In der sogenannten „Berichtigung“ wird selbst zugegeben, daß der Lohn dort von 30 M. auf 30,65 M. pro Stunde erhöht sei. Damit ist absolut bestätigt, daß ein Stundenlohn von 30 M. an, wie in unserer Notiz behauptet ist, gezahlt wird. Daneben wird Bezug genommen auf Akkordarbeiter, die angeblich 42 und 44 M. verdient haben. Das sind aber nur wenige Glückliche gewesen.

Zur vollen Würdigung der Verhältnisse in den Dürrtopp-Werken ist noch folgendes nachzutragen:

Die Firma ging vor dem Streik dazu über, einen Teil der Belegschaft 2 1/2 Stunden weniger zu bezahlen, als es bis dato der Fall war. Bei den Bohrern wurden die Akkordpreise reduziert und ständig der Versuch gemacht, die Löhne zu drücken. Daß sich hiergegen die Belegschaft wehrte, ist ganz natürlich.

Im übrigen sehen wir einem strafrechtlichen Vorgehen mit Ruhe entgegen.

### In der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Die gestern in der Lohnbewegung der Angestellten der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund beim Reichs- und Staatskommissar stattgefundenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß der August-Schiedsspruch wirksam wird. Für September werden die Gehälter aufs neue erhöht, wobei die Erhöhung gegenüber August mindestens 50 Proz. betragen soll, unter Berücksichtigung der bis zum 5. September bereits festgestellten Teuerung um 20 Proz. gegenüber den Augustgehältern. Vorschüsse werden bis zu 33 1/2 Proz. des Augustgehalts gewährt.

### Vom amerikanischen Eisenbahnerstreik.

Der Kampf der Eisenbahner geht mit unverminderter Heftigkeit weiter. Die Zahl der nicht gebrauchsfähigen Maschinen (es handelt sich in der Hauptwoche um einen Streik der Werkstätten- und Streckenarbeiter) wächst täglich und beträgt bereits mehr als 50 Proz. Infolge dessen gerät der ganze Betrieb ins Stoden und droht das ganze Wirtschaftsleben zu erdroffeln. Die Eisenbahner werden auch von den American Federation of Labour energisch unterstützt und Comperd ist wiederholt für die Streikenden eingetreten. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der amerikanische Gewerkschaftsbund eine Unterstützung von 100 000 Dollar beschlossen. Nach dem Siege der Bergarbeiter nimmt man in Amerika an, daß auch die Eisenbahner siegreich bleiben werden.

### Lohnverhandlungen für die Kupferschmiedereien Groß-Berlins.

In den am Sonntag, den 3. d. Mts., stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde vereinbart, daß die Löhne für die Zeit vom 1. bis 15. September um 53 Proz. erhöht werden.

Der tarifliche Mindestlohn für Kupferschmiede über 22 Jahre beträgt demnach für obengenannten Zeitabschnitt 70 M. pro Stunde. Bei Akkordarbeit müssen mindestens 16 Proz. des tariflichen Mindestlohnes verdient werden.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Kupferschmiede.

**Hoch- und Betonbau.** Hiermit den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, zur Nachricht, daß der am 28. August gefällte Schiedsspruch für das Hoch- und Betonbaugewerbe von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden ist. Der erhöhte Lohn tritt somit am 1. September in Kraft. Der Vereinsvorstand.

**Verbindlich erklärter Tarifvertrag.** Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums (Altzeichen: 1885/48, Blatt 3638 und 4202 iB. Nr. 7) ist der am 29. Mai 1922 abgeschlossene 7. Nachtrag zum allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag für die Angehörigen des Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandels mit Wirkung vom 1. Mai 1922 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Tarifverträge sind im Verbandsbureau, Kommandantenstr. 68/64 und Bellealliancestr. 7/10, erhältlich.

**Abend der technischen Angestellten und Beamten (Ortsverwaltung Steglitz).** Mitgliederversammlung heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr im „Restaurant zum Wlthoff“.

**Deutscher Werkmeister-Verband (Bezirksverein Berlin 16).** Fachgruppe: Metallindustrie. Betriebsversammlung Freitag 7 Uhr im „Restaurant Hagenbed“, Seestr. 44.

**Verband der Maler, Lackierer usw.: Filiale Berlin.** Freitag 7 Uhr Mitgliederversammlung in den „Müllereien“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: Bericht von den zentralen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanbahn Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

<b>Neue Kartoffeln</b> Pfund 3 <sup>40</sup> <b>Weißkohl</b> ..... Pfund 3 <sup>20</sup> <b>Rotkohl</b> ..... Pfund 4 <sup>85</sup> <b>Möhren</b> ..... Pfund 2 <sup>80</sup> <b>Blumenkohl</b> ..Kopf von 8 <sup>50</sup> an <b>Zwiebeln</b> ..... Pfund 7 <sup>50</sup>	<b>Leipziger Strasse</b> <b>Kalbfleisch</b> ..... Pfund 85 <sup>00</sup> <b>Hammelrücken</b> ..... Pfund 90 <sup>00</sup> <b>Schweine-Bauch</b> .... Pfund 160 <sup>00</sup> <b>Rückenfett</b> ..... Pfund 210 <sup>00</sup> <b>Prima fettes Ochsenfleisch</b> frisch gefroren... Pfund 80 <sup>00</sup>	<b>Alexanderplatz</b> <b>Hammel-Vorderfleisch</b> .. Pfund 80 <sup>00</sup> <b>Hammelkeulen</b> ..... Pfund 90 <sup>00</sup> <b>Schweine-Kotelett</b> Pfund 170 <sup>00</sup> <b>Liesen</b> mit Micker..... Pfund 220 <sup>00</sup> <b>Corned beef</b> ..... Pfund 140 <sup>00</sup> <b>Fettbücklinge</b> ..... Pfund 65 <sup>00</sup>	<b>Pflaumenblau</b> .... Pfund 4 <sup>50</sup> <b>Kohlräpfel</b> ..... Pfund 2 <sup>80</sup> <b>Kochbirnen</b> ..... Pfund 4 <sup>40</sup> <b>Essäpfel</b> Hasenhöpfe, Pfd. 5 <sup>50</sup> <b>Kongressbirnen</b> Pfd. 8 <sup>25</sup> <b>Tomaten</b> ..... Pfund 14 <sup>00</sup>
--	---	--	---



# Dixie

das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
**NENKEL & Cie., DUSSELDORF**